

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19280513

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Demokratisches Echo

Heute, Sonntag,
im ganzen Städtegebiet
Flugblattverbreitung!

Das Hamburger Echo erscheint täglich einmal, außer an den 2. Feiertagen.
Bezugspreis: 30 Pfennig wöchentlich. Monatlich 2.50 Mk. (einschließlich
0.50 Mk. Zustellungsgebühr, wöchentlich 0.60 Mk. (einschließlich
0.18 Mk. Zustellungsgebühr) für Abnehmer wöchentlich 0.55 Mk.
Durch die Post zu gleichen Bedingungen zugängliche Zeitungen.
Redaktion: Schulstraße 11, I. Fernsprecher: (1) 21 1891 und 1892.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Guggahn, Wilton.
Verlagsleitung: Schulstraße 11, Erdgeschoss. Fernsprecher: (1) 21 1892.
Buchdruckerei: Schulstraße 11, I. Fernsprecher: (1) 21 1892 u. 1893.

Nummer 132

Sonntag, 13. Mai 1928

54. Jahrgang

Preis 15 Pf
mit „Woll und Seil“

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Einzelhefte werden in Reichsmark, die 1. verbesserte Stam-
mrolle 45 A. Private Familienanzeigen 30 A. Stellenan-
gebote 35 A. Gelegenheitsarbeiten 25 A. Kleinanzeigen bis 10 Zeilen
die Zeile 30 A., 10 bis 15 Zeilen die Zeile 35 A., Familienzeile 3,50 A.
Anzeigen müssen im Voraus vor- oder sofort bezahlt werden.
Anzeigenannahme: Schulstraße 11, Erdgeschoss. Fernsprecher: (1) 21 1892
nummer 25 (Sonntag 1893), Schulstraße 11, Erdgeschoss. Die 6. Uferstraße
für den wöchentlichen Bezug, in den Filialen des 1. und in allen
Annoncenbüros. Nach- und Nachverordnungen unentgeltlich.

Jetzt alle Kraft für die Partei! Klar zum Gefecht!

Die Entscheidung naht!

Von Tony Sender.

Ein vorzeitiges Ende hat dieser Reichstag des Besitzbürgerblocks gefunden. Er starb an der inneren Schwäche seiner Regierungsparteien, an der immer deutlicher werdenden Unzufriedenheit der Wählermassen mit dem Wirken dieses Besitzbürgerblocks und darum schließlich an der Unzufriedenheit der Wähler!

Es sollte die erste starke Regierung sein, die uns dieser Reichstag mit seinem Bürgerblock bescherte. Endlich sollte Deutschland sehen, wie man sein Ansehen, seine Würde nach außen hin wahrte, wie man dem „ehemaligen Feindbünd“ eine stolze Haltung zeigte und wie man in der inneren Politik den lange verheißenen wirtschaftlichen Aufstieg herbeiführte. Und das Volk wartete, wartete geduldig. Und sah die Resultate: Die von den deutschnationalen beherrschten Regierung begann ihr Werk mit einem doppelten Verrat. Die deutschnationalen verließen den ganzen Inhalt ihrer bisherigen Oppositionspolitik, verließen ihr Ideal einer starken, aktiven Außenpolitik, der Verwerflichkeit einer Politik der Verstandigung und der Erfüllung der Dawes-Verpflichtungen. Und das Zentrum gab seine ganze republikanische Vergangenheit preis, ließ durch seinen Kanzler Dr. Marx erklären, daß das Zentrum weder monarchistisch noch republikanisch sei — sprach damit aus, daß es überhaupt keine politischen Ideale habe, sondern nur ein Ziel kenne: an der Macht zu sein, um die klerikalen Pläne verwirklichen zu können. Und die Volkspartei? Nun, sie brauchte keine Ideale preiszugeben, da sie nie sehr stark war im Bekennen zu Idealen. Sie ist eben die Partei des Bestehens, des Bestandes und die Partei der Industrie und der Hochfinanz im besonderen.

Und nun schauen sie zurück auf ihr Werk, diese Parteien des Besitzbürgerblocks, auf ihr Werk; an dessen Beginn stand der Verrat, und an dessen Ende nun steht: die Angst vor dem Wähler.

Ja, wären die bürgerlichen Parteien nur angewiesen auf die Stimmen des Bestehens, auf die Wähler, die ihrer eigenen Klasse zugehören, dann könnten sie mit Zuversicht in den Wahlkampf ziehen! Aber das ist ja das Charakteristische unserer politischen Lage, daß es der Bourgeoisie noch immer gelingt, eine starke Gefolgschaft aus den Reihen der arbeitenden Klasse und des kleinen Mittelstandes an sich zu ziehen durch schillernde Wahlversprechungen, um dann freilich die so gewonnenen Mandate nur zu benutzen gegen die Interessen dieser Wählerklassen, indem erfolgreich darauf spekuliert wird, daß die breiten Massen sich ja doch nicht kümmern werden um die parlamentarische Arbeit. Gegen eines aber ist doch auch der Besitzbürgerblock machtlos — gegen die deutliche Sprache der Wirklichkeit!

Diese Wirklichkeit aber sprach deutlich in den letzten Jahren. Wohl zeigte sie einen Aufstieg in Deutschland — aber die Früchte dieses Aufstiegs fielen nur sehr einseitig einem kleinen Teil des Volkes zu. Während den Besitzenden die Steuerlast erleichtert wurde, während die Betriebe wieder in Gang kamen und ein starkes Ansteigen der Aktienkurse, ein Anschwellen der Dividenden und noch mehr der stillen Reserven zur Folge hatten, während die hohen Zollmauern ein unumschränktes Preisdiktat der Trustherren ermöglichten, welches war das Los der arbeitenden Menschen? Langandauernde Erwerbslosigkeit traf Millionen. Und als

sie dann endlich wieder Arbeit fanden, da wollte das Arbeitslohn nicht ausreichen für die Bestreitung des notwendigen Lebensunterhaltes.

Der selbe arbeitende Mensch, den man so immer wieder zur Sparbarkeit, ja zum Darben anhielt, er muß sehen, wie Millionen verbrennen werden für die schlimmste Korruption eines Phöbuskandals, wie für überflüssige Marine- und Reichswehrausgaben Hunderte von Millionen zur Verfügung stehen, wie die Millionen fließen zur Speisung von Antifonds und wie der Gegensatz zwischen der Lebensweise der Besitzenden und der arbeitenden Massen immer krasser wird. Die Klassengegensätze haben sich verschärft nicht nur im Bewußtsein der Menschen, sondern in ihrer tatsächlichen Lebensweise. Wenn der Arbeiter erfahren muß, daß wohlhabende

Großgrundbesitzer keinen Pfennig Einkommensteuer entrichten, aber doch die Mittel haben, um große Automobil Touren nach dem Süden vornehmen zu können, dann muß er sich ja fragen: Warum muß ich, der Klerikale und wirklich Bestehende, noch vom höchstzulässigen Lohn einen erheblichen Teil abgeben an Steuern, damit der Staat leben kann? Wirklich nur, damit der Staat weiter geschont werden kann?

Die bürgerlichen Parteien fühlen, daß die Zorneswelle im Steigen ist. Darum jagen sie es vor, rasch zu Wahlen zu schreiben, ehe noch die Welle weiter ansteigen und viele von ihnen hinausgeschwemmen kann. Darum hat die Angst vor den Wahlen sie zu diesem Schritt bestimmt.

Das aber ist der gleiche Grund, aus dem die Sozialdemokratie mit froher Zuversicht zu diesem Waffengang schreibt. Sie ist die einzige ernsthaft Oppositionspartei in diesem Bürgerblockparlament gewesen. Hat etwa das stereotype Geschrei der Jünger Moskowskys, einzig und ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet, irgendeinen Eindruck auf die Bourgeoisie gemacht? Nein — sie sah lächelnd zu und freute sich, daß man ihr angeblich von links her den Kampf gegen den einzig gefährlichen Gegner abgenommen hat! — Oder fürchtet man die Sozialdemokratie als gefährliche Opposition, die wohl den Auswüchsen des Kapitalismus murrend gegenübersteht, das System selbst aber doch als das einzig Richtige betrachtet?

So bleibt als einzig gefährlicher Gegner übrig allein die Sozialdemokratie.

Und im Gegensatz zu allen anderen Parteien weiß sie nicht nur nichts von Angst vor dem Wähler, sondern freut sich auf den Endkampf am 20. Mai! Sie ist sich bewußt, daß sie ihre Ziele nur im Kampfe verwirklichen kann. Uns stehen keine Millionen, gespendet von den Reichen, zur Verfügung. Wir verschmähen Subsidien aus solchen Quellen. Wir haben den tiefen Glauben in die Kraft unserer Idee, die Menschen, arm, bedrückt und im Elend lebend, dennoch zu höchster Begeisterung, zu bewundernswertem Opfersinn anspornen kann. In diesem Streifen gibt es keine geringe, niedriger zu bewertende Arbeit. Ob in aufklärerischer Rede die Geister mobilisiert, ob durch Versammlungsschutz diese Aufklärung erst ermöglicht wird, ob durch die Agitation im Betrieb die Arbeitsskollegen angeporrt oder durch Verbreiten unserer Flugblätter unser Ideal an Fernstehende herangebracht wird — immer ist es derselbe wertvolle Dienst an der Sache, den wir alle gemeinsam leisten.

Darum: Alle Mann an Bord zum Endkampf um den Wahlsieg der Arbeiterklasse.

Parole:

Klar zum Gefecht.

Dörte Jessen.

Ein Book van Leew un Leben.
Von Rudolf Rinau.

„Ach, ne,“ sa se sinnig, „lofen Se em man! Se löppt al so fein.“ Ober denn keek se em wedder liek in de Dogen, un saak rein vör em tohoop, — so vel Helmwech seet doar binnen, un so vel stille Leew, nij as Beden un Wedden: „Wies em mi doch mol!“

Do mok se liesen de Dör open un güng mit em in 'n Sool un an dat löff Bitt: „Hier, Herr Sträven. Dätt is he. Un he ligt doar so fein. — Loten Se em man still mitreden.“ Un denn leef se em stohn un güng langsam wedder van Bitt to Bitt, un ganz bit no achter, as wenn se wunner noch wat nokieken müß.

Un as se no 'n ganze Lied doch wedder fröggäm, stünd he doar noch jümmer ebenso, stünd krumm ober sien'n Jungen as wenn he doar wat söcht, as wenn he in Nacht un Störöm ober 'n Kompaß stünd un reken sick dat ut, wat he stüern müß. „Herr Sträven!“

Do mok he up, un dreih sick äm: „Jo, Swester?“ „Se möt nu woll wedder rufgohn, — de Dokter kunn kommen.“ Un se güng mit em no dörn, un geef em noch mol fast de Hand: „Kommen Se morgen Romeddag man wedder, van Klock twee bit Klock veer is Besuchsstied, denn hönt Se em ook wedder snacken un lachen hörn.“

Se kneep ehr de löff Hand rein to Grus un keek ehr so voll Dank un Freud in de Dogen, dat Dörte Jessen free dat Bebern kreeg, un kunn nij wieder mehr seggen as bloch noch sinnig: „Gunnacht denn! Wit morgen!“

Un doch de ganze Nacht an Thade Hanfen, un sech em jümmer so vör sick stohn, so as he doar norden an 'n Strand bi ehr stohn hart, — in 'n rugen Kopp, de Hoar steil to Barg

un de Arms wied utanner: „Dörte stieg up! Jä dräg di dwars ober de Eiß!“

Un as se morgens boken ännar 't Dack in ehr löff seine Kommer wür, stünd se noch lang an 't Finster un keek in de Wolken. Un denn smeet se ehren Rittel raf un all ehr Täg, un mok ehr Hoar loos, un schiffel sick, dat 't ehr man all so up de Schullern un up de Vost häng. Un keek in 'n Spiegel, un smeet den Kopp trüg un lach: „Roofsoh“ hebbt se stammer to mi segt, un „Fierschipp“ reepen de Jungen. Ober Thade Hanfen heft segt, dat wär goarkeen Roof, dat wär luder Schier-Gold.“

Un sett sick up de Bistkant un füng an to summen un to lingen.

De ganze Sool wür voll Besek. Un jeeder Bitt son stief, söß Mann, mit Bloemen un Appeln un dicke Paketen. Dat kām un kām un snack, wür all een Leben un een Sagen.

Ober nu wörd 't mitmol wat stiller, — de Swester kām den Gang langs, „Swester Dörte.“ Se heeken all no ehr hin. Un de Rinner nickköppen ehr to un frein sick. Un de Dellern un all de Besek wunnerwork achter ehr ran: „Junge, wat hebbt ji för 'n groote feine Swester! Is se ook so, as se ufstöh!“ — Denn lächen all de Rinnerdogen up: „Ah, de is so good! Un so fründlich! Dat gläuf ji goarne.“

Dörte Jessen güng van Bitt to Bitt, löff hier mol 'n Frog hin, un doar mol 'n Lachen, geef dässen mol de Hand, un den mol 'n fründlich Wort. Un stünd tohög wedder bi ehr löffen Klaus: „Blieben Se man sitten, Herr Sträven! Loten Se man!“ Un denn bung se sick no den Lätten dol: „Na, Klaus, nu freist di doch woll, wat.“

Se lach un böhr den Kopp: „Am, — si.“

„Nu druckst Tante Swester gorne mehr, wat? Sest nu jo vel wat Veters.“

Se kreeg sien'n Vadder bin 'n Finger tofoten un dreih em hin un her, — so frei be sick.

Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten.

WTB. Berlin, 12. Mai. Die am 5. Mai 1928 in Washington unterzeichneten Verträge zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten zerfallen in einen Vergleichs- und einen Schiedsgerichtsvertrag. Der Vergleichsvertrag sieht vor, daß alle zwischen den Vertragspartnern entstehenden Streitfragen, welcher Natur sie auch immer sein mögen, wenn sie auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege nicht beigelegt werden können und die vertraglich verbindenden Parteien nicht die Entscheidung eines zuständigen Gerichtes anrufen, zur Unterbrechung und zum Bericht einer innerhalb 6 Monaten nach Vertragschluß zu bildenden

kändigen internationalen Kommission unterbreitet werden, die wie folgt zusammengesetzt wird: Je ein Mitglied wird durch die Regierung jedes der beiden Länder gewählt, je ein weiteres Mitglied wird von jeder Regierung aus einem dritten Lande gewählt. Das fünfte Mitglied wird auf Grund einer Verständigung beider Teile gemeinsam gewählt und darf nicht Angehöriger eines der beiden Länder sein. Die internationale Kommission kann auf Grund eines einstimmigen Beschlusses auch von sich aus ihre Dienste zur Unterbrechung einer Streitfrage anbieten. Sie hat in allen Fällen ihren Bericht innerhalb eines Jahres fertigzustellen, falls nicht die Vertragspartnern sich über eine Verlängerung oder Verkürzung der Frist einigen. Beide vertragschließenden Parteien behalten sich das Recht vor, hinsichtlich des Gegenstandes der Streitfrage nach freiem Ermessen zu handeln, sobald der Bericht der Kommission erstattet worden ist. Der Vertrag soll fortlaufend in Kraft bleiben, bis er von einem der Vertragspartner schriftlich mit einjähriger Kündigungsfrist aufgelöst wird.

In der Einleitung des zweiten, nämlich des Schiedsgerichtsvertrages, wird besonders betont, daß die Vertragspartnern bestrebt sind, durch ihr Beispiel nicht nur zum Ausdruck zu bringen, daß sie den

Krieg als Werkzeug der internationalen Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen beurteilen, sondern auch den Eintritt des Zeitpunktes zu beschleunigen, in welchem der Abschluß internationaler Übereinkommen zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen für immer die Möglichkeit eines Krieges zwischen den beiden Ländern der Welt beseitigen wird. Der Vertrag sieht vor, daß alle zwischen den Vertragspartnern entstehenden Streitigkeiten, bei welchen die eine Partei gegenüber der andern auf Grund eines Vertrages oder auf anderer Grundlage ein Recht in Anspruch nimmt, sofern sie weder auf diplomatischem Wege noch durch Anrufung einer Vergleichskommission nicht geregelt werden können, und soweit sie nach dem Rechtsverfahren von Recht und Billigkeit entscheidbar und somit für ein Rechtsverfahren geeignet sind, dem Schiedsgericht überlassen werden. In jedem Einzelfall durch besondere Vereinbarung zu treffenden Entscheidungen, die notwendigfalls auch die Bildung des Schiedsgerichts regeln und seine Befugnisse bestimmen soll. Von der schiedsgerichtlichen Behandlung ausgeschlossen sind alle Streitfragen, deren Gegenstand entweder unter die einheimische Gerichtsbarkeit eines Vertragsstaates entfällt oder in die Interessen dritter Parteien eingreift oder auf

Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin

beruht bzw. in die Aufrechterhaltung der Doktrin eingreift oder auf der Beobachtung der Neutralität nach der Völkervereinbarung obliegenden Verpflichtung beruht bzw. in die Beobachtung dieser Verpflichtungen eingreift. Auch jeder Vertrag soll fortlaufend in Kraft bleiben, bis er schriftlich mit einjähriger Kündigungsfrist aufgelöst wird.

Die amtliche Großhandelsverzeichnis vom 9. Mai 1928. Die auf den Stichtag des 9. Mai berechnete Großhandelsverzeichnis der Statistischen Reichsamtes ist mit 140,5 gegenüber der Vorwoche (140,2) um 0,3 gestiegen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer für Agrarprodukte mit 134,8 (134,3) um 0,4 und die Indexziffer für Industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 0,2 auf 134,9 (134,6) gestiegen. Die Indexziffer für industrielle Fertigwaren stellte sich auf 138,2 (138,0).

Die letzte Woche!

Kapitalistengold für die bürgerlichen Parteien. / Eine technische Nothilfe für den bürgerlichen Wahldienst.

Arbeiter, verdoppelt eure Anstrengungen!

Die Parteien der Rechten ahnen den Bankrott bei den Wahlen voraus. Ihre Versammlungen sind leer und in der deutschnationalen Partei innerer Kampf. Der bisherige Verlauf des Wahlkampfes hat im bürgerlichen Lager allenthalben deprimierend gewirkt. Alle Anstrengungen der Bürgerblockparteien, bei den Massen Gehör zu finden, haben bisher nur ein sehr geringes Echo gefunden. Darum sind für die letzte Woche des Wahlkampfes von den kapitalistischen Parteien gewaltige Anstrengungen vorbereitet, um die Massen ihrer enttäuschten früheren Wähler doch noch für sich einzufangen. Das kapitalistische Unternehmertum hat sich zusammengeschlossen und eine besondere Organisation ins Leben gerufen, die für die letzten Tage des Wahlkampfes und den Wahltag selbst einen mit ungeheuren Geldmitteln gespeisten und nach Art der technischen Nothilfe ausgezogenen Wahlapparat in den Dienst der bürgerlichen Parteien stellen soll. Das Wolffsche Telegraphenbureau, das sich ebenfalls bereitwillig in den Dienst der bürgerlich-kapitalistischen Stimmungsmache stellt, verbreitet darüber folgende Meldung:

Gründung eines staatsbürgerlichen Wahldienstes.

„Bei den letzten lokalen Wahlen hat der Procentsatz der Nichtwähler in erschreckendem Maße zugenommen. Wirksam bekämpft hat diese Erscheinung bei den Hamburger Bürgerblockparteien der überparteiliche „Hamburger Wahldienst“, eine Erscheinung in ihrer Art ähnlich der technischen Nothilfe. Unter Mitwirkung namhafter Persönlichkeiten des Wirtschaftslbens ins Leben gerufen, war es Aufgabe dieses Verbandes, jeden Nichtwähler, ohne Unterschied der Partei, zur Wahlurne zu bringen. Der Hamburger Wahldienst konnte als

Erfolg eine Wahlbeteiligung von 10 bis 15 % gegenüber den vorletzten Hamburger Bürgerblockparteien für sich buchen.

Für die bevorstehenden Wahlen sind deswegen ähnliche Verbände in Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Dresden und Stuttgart ins Leben gerufen worden.

Ihr Programm lautet: „Kampf dem Nichtwähler.“ Werbungen jeglicher Art zur Hebung der Wahlbeteiligung sind vorgesehen. Im einzelnen ist geplant:

1. Verpflanzung des Rundfunks durch häufige und eindringliche Hinweise auf die Wahlpflicht.
2. Pressepropaganda.
3. Aufdruck der Fahrtscheine der städtischen Verkehrsmittel am 19. und 20. Mai: „Geht zur Wahl!“
4. Verteilung von Flugblättern und Handzetteln an verkehrreichen Punkten, Bahnhöfen, Stammtischen usw. mit eindringlichen Mahnungen.
5. Kraftwagenbesperrungen am Wahltag.
6. Klornotklame zur Wahlpflicht.

Die Ausführung dieses Planes hat ein geschäftsführender Ausschuss übernommen. Größte Wahrung der Rechtmäßigkeit und strenge Durchführung der Überparteilichkeit ist von allen Seiten zugesichert und gewährleistet. Mit Rücksicht auf die Besondere der Wahlverhältnisse wird jedoch davon abgesehen, mit Namen die dem Wahldienst und dem Arbeitsausschuß nahestehenden Persönlichkeiten zu nennen.“

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, wes Geistes Kind dieser überparteiliche Wahldienst ist. Wir kennen ihn von der letzten Bürgerblockwahl, wo er sich offen in den Dienst der Rechtenparteien gestellt und ein Heer von Kraftwagen und bezahlten Wahlbesuchen aufgeboden hat. Es kann aber auch kein Zweifel darüber herrschen, wer die Geldgeber dieses Unternehmens sind. Das schamhafte Verschweigen der Namen der dem Wahldienst und dem Arbeitsausschuß nahestehenden Persönlichkeiten ist ein Zeichen, daß

he hier al rüm as ik weed ne wat. Denn löppt he villicht al no buten, un löppt uns bald weg.“

„Ach, jo, dat schull mi frein. Ober, wat ik noch seggen will, Swester: Rukommen deit he doch woll noch ne in de Fied?“

„In veer Weken? Ne, dat gläuf ik ne. — Wortüm wulln Se —?“

„Ik weef jo noch narms mit em hin. Wi mi in 'n Sus is nämms, — sien Mudder, sien groot feine Mudder is mi jo storben, — un wedder bi frönden Lü? Ne, ik weef ne. Doar, nem ik em hatt hebb, doar schall he ne wedder hin, — de Froo heft sällben so vel äm de Övren un päßt jo doch ne up em. Leff sick hier nu jo ook ne seehn.“ Un he dreih sien Müß in de Finger un keek Dörte Jessen still in de Dogen: „Wenn Se mol wat hört, Swester? Wenn Se mol 'n goode Stüd wet, —?“

„Ik will 'r mol an dinken,“ sa se sinnig, will 'r mi mol umkieken.“ Se beul em de Hand hin: „Doar moken Se sick man noch keen Sorgen äm, Herr Sträven. Un wenn 't goarnee anners is, denn —.“ Se kunn mitmol ne wieder, steek sick ganz root an un leef den Kopp jo langsam sacken. He beul ehr Hand un wuß ne, wapp he schull: „Wat denn, Swester Dörte?“

„Denn — — ach, denn nehm ik em sällben mit no Sus.“ He drück ehr de Finger rein toschanden. Un woll noch wat seggen, un hart al wedder Water in de Dogen. Un dreih sick mitmol äm, un güng ut de Dör.

Un Dörte Jessen sett sick an den lätten Tisch un muffel in de Schw. Dat Hart klopp ehr bi hoch in 'n Hals: „Jäst as de anner, desälbe groot Kerl, un desälbe groot Jung. As wenn he dat sällben wär, as wenn he upmol wedderkommen is.“

Un se keek no de Dör un daad: „Veer lange Weken, o Gott, wat 'n Lied.“

(Fortsetzung folgt.)

Plus der Wahlbewegung.

Hilfe - die Sozialdemokratie!

Der Gegner des Kapitals - die SPD. - Am Endziel nichts geändert. - Kommunistischer Radikalismus. Eingefändnis der Ohnmacht.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Ein Teil der bürgerlichen Wähler ist immer noch geneigt, die Sozialdemokratie zu unterstützen. Weil sie nicht mehr in der Jakobinerphase, sondern in ehrbarer jünger Kleidung auftritt, weil ihre Führer bei Gelegenheit sogar in Smoking und Frack erscheinen, glaubt man, der revolutionäre Wille in dieser Partei habe nachgelassen. Davon kann aber gar keine Rede sein.

Die Führung der Sozialdemokratie verlagert auf Spezialisten aus allen Gebieten des politischen Lebens, vor dem Krieg übernahm hier vielleicht das theoretische Wissen (natürlich in marxistischer Ausprägung), jetzt aber hat die Partei Tausende von Leuten, die in der praktischen Mitarbeit am Staate geschult worden sind, aktive oder ehemalige Minister, Oberpräsidenten, Landräte, Bürgermeister, Stadträte. Dazu kommt die enge Verbindung mit den freien Gewerkschaften, die ebenfalls eine Vorstufe der politischen Praxis darstellen. Es ist aber im ganzen gesehen, schon lange nicht mehr so, wie es manche bürgerliche Kreise noch darstellen wollen, daß die Sozialdemokratie nur Jahlabendredner und Agitatoren für Volksversammlungen vor den Türen der Arbeiter und Arbeiterinnen ist, die sie selbst nicht zu sprechen, weil sie in Deutschland bis auf weiteres, wie sie selbst wissen, nicht in die Lage kommen werden, ihre Theorien in der Praxis zu erproben.

Wir sind der Meinung, daß die Schwächen, die das kommunistische Manifest im Laufe der Jahre erfahren hat, nichts weiter darstellen, als tatsächliche Wendungen, daß aber an dem Endziel, Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft bis zu deren Vernichtung, sich nicht das geringste geändert hat. Die Kommunisten freilich können es sich leisten, den Radikalismus offen auszusprechen, weil sie in Deutschland bis auf weiteres, wie sie selbst wissen, nicht in die Lage kommen werden, ihre Theorien in der Praxis zu erproben.

Der kommunistische Radikalismus ist so nicht ein Beweis der Kraft, sondern ein Eingeständnis der selbstempfindenen Ohnmacht.

Für die Sozialdemokratische Partei ist die praktische und taktische Situation eine ganz andere. Sie war schon im Kaiserreich ein sehr wesentlicher politischer Faktor, zunächst in der Opposition, zuletzt in der Regierung. Der Umsturz von 1918 hat sie dann vor ganz veränderte Verhältnisse gestellt.

Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Realpolitik - das ist es, was Reaktion und Unternehmertum fürchten!

Sozialdemokratie Feind der Landarbeiter?

Wirklich und wahrhaftig behauptet ein kommunistisches Flugblatt, die Sozialdemokraten seien Feinde der Landarbeiter; denn sie hätten im Reichstag dagegen gestimmt, daß der Lohn der Landarbeiter nicht unter dem Durchschnittslohn der Industriearbeiter liegen dürfe. Sie hätten nicht für die Befestigung der Ausnahmebestimmungen gegen die Land- und Forstarbeiter auf der Gesetzgebung gestimmt. Sie hätten nicht zusammen mit den Kommunisten gegen die Frauen-Zwangsgesetze gestimmt. Sie seien nicht für einen angemessenen Urlaub aller Land- und Forstarbeiter eingetreten und ebenso nicht für den Schutz der schwangeren Landarbeiterinnen.

Tatsächlich aber haben am 1. März 1928 die Sozialdemokraten im volksrechtlichem Antrage den Reichstag für die vorgenannten und ähnliche Anträge zum Schutze der ländlichen Arbeiterklasse zusammen mit den Kommunisten gestimmt. Die kommunistischen Anträge wurden im wirtschaftlichen Antragsausschuß, der 23 Mitglieder zählt, gegen 11 Stimmen abgelehnt. Diese 11 Stimmen bestanden aus 8 Stimmen der Sozialdemokraten, 2 der Kommunisten und einer demokratischen Stimme zusammen. Die Kommunisten hatten es dann bei der dritten Lesung des Haushaltsplanes, und zwar bei dem Haushaltsplan des Reichsfinanzministeriums, für nötig gehalten, nochmals einen reinen Agitationsantrag einzubringen. Er war lediglich eine

Rosent schimpft.

Quasimodo Rosent, Radikal ist in der Windel, Ist die Wahrheit hinderlich, Drum verjucht er es mit Schwindel! In der Gegenwart liegen starke Kräfte, Die der Schwindel auch so dümm, Daß sogar die Führer lachen; 'Etwas spricht sich schon herum!' Denkt er und läßt's arachen! Armer Ros' von R. F. B., Ohne Witz ist dein Schammel, Fast doch wohl vor unsrer Zeit! Eine riesengroße Wammel! Denn man schimpft doch nur wie du, Wenn zu hoch die Truben hängen! Darum stößt du uns die Ruh' Durch mit deinen Haggelzungen! Junge, was du dir schon denkst! Reichsbanner müß' mild' und schwanend? Wenn du uns ganz Roskau schenkst, Freuden, wir verziehen dankend! Schwarzwaldrot steht bombastisch, Wir sind doch uns nicht vor morgen! Wir sind da! Und für den Rest Laß du uns selber sorgen! Mag der Hahn auf seinem Mist Sich die Kehle heiser kröhen; Wer noch bei Verstande ist, Lächelt sich nicht den Kopf verdrehen. Wir sind mit Verstand begabt! Euch ist er davon geschwommen! Wenn ihr meinetwegen nicht habt, Knechtliche von uns bekommen! Frei Heil! Sopperdiegel.

Professor Weicher in Frankfurt a. M. ist gestorben. Er war ein bedeutender Kommunalpolitiker, früher Stadtkommissar und zuletzt Professor für Kommunalpolitik an der Universität Frankfurt. Kurz vor seinem Tode besaß er eine Biographie von Adickes.

man nicht magt, der Offenheit zu sagen, daß hier die Herren der Schwerindustrie, der Trusts und Konzerne, der Reeder und des Großhandels sich zusammengelassen haben, um mit ungeheuren finanziellen Mitteln die Wählermassen einzufangen. Man verschweigt die Namen, weil man weiß, daß ihre Bekanntgabe sofort den Charakter des staatsbürgerlichen Wahlkampfes entlarven würde.

Die Arbeiterpartei muß dieses großangelegte Manöver der kapitalistischen Parteien mit verdoppelten Kräften in der letzten Woche des Wahlkampfes mitmachen. Die letzten Tage bis zur Wahl müssen sehr reiflos in den Dienst der Wahlarbeit gestellt werden.

Autonomistenprozess in Colmar.

Colmar, 12. Mai. Nach Wiederaufnahme der Sitzung im Autonomistenprozess erklärte die Verteidigung, sie müsse jede Verantwortung dafür ablehnen, daß die Verhandlungen doch wieder in die Länge gezogen wurden, da man nicht, wie geplant, am Freitagabend mit der Vernehmung der Angeklagten zu Ende gekommen sei, sondern noch sechs Angeklagte zu vernehmen sind. Dann wurde das Verbot des Lithographen Schlägel aufgenommen, der vor allem über die Organisation der Schutztruppe befragt wird. Er sagte aus, daß die Schutztruppe nur etwa 4 bis 5 Monate bestanden habe, und zwar nach dem blutigen Sonntag von Colmar, dem 22. August 1920, und dann eingeleitet sei und erst nach der Gründung der Autonomistenpartei wieder aufgelöst sei, nämlich am 11. Oktober 1927, als neue Drohungen gegen die heimtreuen Elässer ausgehen wurden. Zur Schutztruppe hätten sowohl Elässer rein elässischer Herkunft, als auch Elässer jenseitig elässisch-deutscher Herkunft angehört. (Diese Unterscheidung wird einer Einreichung der französischen Behörden entnommen, die nämlich Personalurteile, Modell A, für Elässer rein elässischer Herkunft und Personalurteile, Modell B, für Elässer jenseitig elässisch-deutscher Herkunft ausgestellt hat.) Im Oktober 1927 habe die neugebildete Schutztruppe auch das Erminia-Gebäude, und zwar durch Anlegung von Drahtnetzen, in Verteidigungszustand versetzt. Es sei durch die neuen Drohungen notwendig geworden, denn die Heimtreuen hätten auch den Schutz der Organisation vornehmen können. - Alsdann wurden noch einige Protokolle über Zusammenkünfte des Heimtreubundes und dabei gefasste Beschlüsse vorgelesen, unter anderem, betreffend die Ansetzung der Schutztruppe, wobei erwähnt wird, daß man von einer Uniformierung abgesehen habe und als Ausrüstung Stöcke gewählt habe. Dann wurde davon gesprochen, daß eine Verteidigung der Mitglieder geplant gewesen sei, und zwar auf Burg Riedeb. Der Vorsitzende erklärte darauf, wenn eine Verteidigung vorgezogen war, dann handele es sich also um ein gemeinsames verdrähtes Komplotz. Zum Schluß erklärte Schlägel noch, daß diejenigen Mitglieder der Schutztruppe, die bei den einzelnen Versammlungen am eifrigsten teilgenommen und die weitestgehende militärische Organisation vorziehen, zwei Spielzeugen seien, nämlich Schindler und Hofmann, die von Polizeikommissar Bauer inhaftiert worden seien.

Die weitere Verhandlung wurde darauf auf Montag früh vertagt.

Deisterreichische Arbeiterpartei in Magdeburg.

Magdeburg, 12. Mai. Ein riefiger feistlicher Aufmarsch der Arbeiterpartei, der Magdeburger Reichsbanner und der Sozialistischen Arbeiterjugend zum Empfang der Wiener Sportgenossen, die am Sonntagabend zum zweiten Fußballspiel hier eingetroffen waren. In 2000 Menschen hatten sich vor dem Hauptbahnhof versammelt zum Empfang der österreichischen Brüder und Genossen. Ein peitschender Jubel hallte über den Platz zum Beginn der Fete. Unter den Klängen der Internationalen betrat die Wiener Delegation den Bahnhofspfad. Als nun der Reichstagsabgeordnete Genosse Ferl seine Begrüßungsansprache von der Höhe des Hauptbahnhofes beginnen wollte, verdrängte der Jubel die Ansprache und sehr häufig von dieser Stelle aus gehalten wurden und obwohl die Versammlungen der Kameradschaft in Gegenwart des Reichstagsabgeordneten schon eine halbe Stunde lang getroffen waren, suchte er sich zu jeder angehörigen Sitzung gerade den Augenblick des Beginnes der Fete aus. Die Masse der Magdeburger Arbeiter brach in laute Protestrufe über die grobe Verletzung internationaler Höflichkeit aus. Dana der Energie und Umlicht des Genossen Ferl gab der Bahnhofsvorsteher schließlich seinen Widerstand auf. Darauf nahm die Begrüßungsfete einen erhebenden Verlauf.

Wahlanfechtungsklage vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 12. Mai. Unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons beschäftigte sich heute der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches mit der Wahlanfechtungsklage der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Gau Mecklenburg-Schwernin. Die Klage richtet sich gegen das mecklenburg-schwerninische Landesgesetz vom 13. Juli 1927, das einen Passus enthält, nach dem ein Wahlberechtigter von 3000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein muß, wenn die Partei im Landtage nicht vertreten ist. Außerdem müssen dem Wahlleiter 3000 M. hinterlegt werden. Wenn kein Abgeordneter gewählt wird, verfällt der Betrag der Staatskasse. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei begründet ihren Antrag damit, daß der Staatsgerichtshof in der Sache Hamburg, Heßens und Mecklenburg-Schwernin in einem Urteil vom 17. Dezember 1927 zugunsten der Angeklagten entschieden hat. Der Staatsgerichtshof wies die Eingabe, betreffend die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes des Deutschen Reiches, als unzulässig zurück. Der Auffassung der mecklenburg-schwerninischen Regierung, es handele sich nicht um Reichsfreiheiten nach Artikel 19 der Reichsverfassung, daß sich das Gericht nicht anschließen könne. Ueber den Klageantrag selbst wurde keine Entscheidung getroffen. Er wird nochmals einer näheren Prüfung unterliegen und in der Schlußsitzung zur Erledigung gelangen.

Die Volkspartei ohne ihren Hindenburg.

Rordhausen, 12. Mai. Auf eine Anfrage aus Rordhausen in Berlin, ob die Deutsche Volkspartei berechtigt sei, sich als die „Partei Hindenburgs“ zu bezeichnen, antwortete das Bureau des Reichspräsidenten, daß der Reichspräsident der Deutschen Volkspartei nicht angehört und der Vorstand der Deutschen Volkspartei, Kreisverein Rordhausen, nicht berechtigt ist, die Deutsche Volkspartei als „Partei Hindenburgs“ zu bezeichnen. Der Reichspräsident ist bei keiner Partei Mitglied.

Das Fest der Philharmonischen Gesellschaft.

Die Feier im Rathhaus. Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Philharmonischen Gesellschaft zu Hamburg fand am Abend des 10. Mai im Rathhaus eine Abendfeier statt, bei der der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Petersen

die nachfolgende Ansprache hielt: Kultur ist nur da, wo Gemeinschaft ist. Wo aber Gemeinschaft ist, da ist auch immer Kultur. Kultur bedeutet uns zunächst der Einigkeit von Denken und Handeln, von Fühlen und Willen, Ausdruck der Einheitsliebe aller Gestaltungen menschlichen Zusammenlebens. Siehen wir nach in dem Maßstab für die Kultur eines Volkes oder eines Gemeinwesens, so finden wir ihn in seiner Kunst, weil sich aus ihrer Stellung zu den andern Lebensäußerungen ergibt, ob jene Einheit ist oder ob sie nicht ist.

Von allen Formen der Kunst ist die Musik die am stärksten gemeinschaftsbildende und zugleich diejenige, die gemeinschaftliche Freude und gemeinschaftliche Not am vernünftigsten kundtut. Das liegt wohl daran, daß nichts uns so unmittelbar in die Bereiche der ewigen Dinge zu führen vermag, wie die Gewalt der Töne, und daß nichts uns so eindringlich die Schicksalsverbundenheit aller Menschen so offenbaren vermag wie sie. Es liegt aber wohl auch daran, daß die Werke keiner Kunstform so in ständiger schöpferischer Leistung immer neu gestaltet werden können, wie die der Musik, und daß sich in ihr die Persönlichkeit nur dann ganz auswirken vermag, wenn sie ganz hingeeben ist an die größere Gemeinlichkeit. Musik ist nur lebendig, wo Gemeinschaft ist.

Wenn wir das Wirken der Philharmonischen Gesellschaft, die nunmehr ein Jahrhundert im Mittelpunkt des musikalischen Lebens Hamburgs steht, recht verstehen wollen, dann können wir es nur aus dieser Stellung heraus, die die Musik im kulturellen Leben überhaupt und die sie insbesondere im Leben Hamburgs seit jeher einnimmt.

Fast 70 Jahre vor dem heutigen Hamburg die Gründung der Philharmonischen Gesellschaft. Es waren fast dieselben Männer, die 7 Jahre vorher die Singakademie ins Leben gerufen hatten, jenes Institut, das mit der Gesellschaft eng verbunden geblieben ist bis auf diesen Tag. Als jene Männer, deren wir in

Jede Minute muß ausgenutzt werden. In Kantor und Fabrik, in Werkstätte und im Krämerladen müssen alle gleichgültigen und säumigen aufgerollt und an ihre Pflicht erinnert werden.

Wer sich nicht selbst zum Sklaven des Kapitals, zum Knecht der Reaktion und zum geblühten Träger der Lasten erniedrigen will, die die Herren des Großkapitals den breiten Volksmassen aufzubürden beabsichtigen, der muß sich in dieser Woche voll und ganz in den Dienst der Aufklärungsarbeit stellen und mit allen seinen Kräften dafür sorgen, daß der 20. Mai zu einem großen Wrechungsstag mit dem Weißbärgerbloch wird.

Gegen die Allmacht des Kapitals.

Um die Idee der Gemeinwirtschaft. Bei der Wahl am 20. Mai geht es mehr denn je um die Entscheidung wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen. Die sozialen Konflikte, die in den letzten Monaten von der Unternehmerrschaft in einem Ausmaß, wie es noch nie vorher der Fall gewesen, heraufbeschworen wurden, zeigen, daß das Unternehmertum einen tödlichen Kampf führt um die Behauptung und Erweiterung seiner Macht im Staate. Scheinbar handelt es sich bei derartigen Wirtschaftskämpfen nur um eine Menge einzelner Fragen, um Streitigkeiten über Löhne und Arbeitszeit, die in den einzelnen Branchen und Industrien angefochten werden. Fast man sie aber zusammen, so wird der grundsätzliche Kampf deutlich: es geht sich, daß um die zukünftige Entwicklung gekämpft wird.

Wir sind ohne Zweifel an dem Punkt angelangt, wo sich die Wege kreuzen. Mehr als je erhebt sich die Forderung des Unternehmertums, die Allmacht des Kapitals in der Wirtschaft wiederherzustellen, die Forderung nach Entsehung des Kapitals von jeder öffentlichen Regelung. Auf der andern Seite zeigt sich das härtere Vordringen der geregelten Produktion, der öffentlichen Organisation, der Wille zur Macht und zur Verrückung der Arbeit.

Die große Auseinandersetzung über die Richtung der Entwicklung wird immer unvermeidlicher. Sie ist in greifbarer Nähe gerückt.

Der Lebergang, in dem wir seit Jahren stehen, ist den Umständen nicht mehr gewachsen. Die Kämpfe um den Kohlenpreis und die Eisenpreise in den letzten Tagen haben das deutlich gezeigt. Als die Bergarbeiter eine Erhöhung ihrer Löhne forderten, antworteten die Unternehmer, daß eine Lohnsteigerung ohne Preissteigerung nicht tragbar sei. Die Preisbildung für Kohle ist jedoch nicht frei. Darüber hat eine öffentliche Körperschaft, der Reichskohlenrat, zu entscheiden, ohne daß er einen genügend breiten Einfluß auf die Verhältnisse in der Produktion, auf den Bergbau, hätte. Die Ansetzung ist nicht in dem die Arbeiterbestehen, sondern die Unternehmer, die ohne Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft einen wüsten Kampf gegen die Preisbildung führen. Es erweist sich deshalb als notwendig, die öffentliche Regelung weiter aus die Produktion auszu dehnen. Erhält sie keine bessere und festere Grundlage, dann wird die Forderung der öffentlichen Kontrolle nicht lange auf sich warten lassen. Damit wird aber die zukünftige Entwicklung bestimmt. Die Voraussetzung für die Erweiterung der öffentlichen Kontrolle hängt abermals sehr von der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse ab; das heißt davon, ob die Sozialdemokratie am 20. Mai gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgeht oder nicht.

Auf dem Arbeitsmarkt, dessen freie Gestaltung bereits stark eingeschränkt ist, liegen die Dinge ähnlich. Die Arbeitslosenvermehrung vermindert den Druck der Reservearmee und hebt wenigstens zum Teil die „Bogelfreiheit“ der Arbeitnehmer auf. Der „freie Kampf der Kräfte“, der den Unternehmern so lieb ist, wird durch das Schließungswesen und namentlich durch die Verbindlichkeitsregelung wesentlich eingeschränkt. Erprobung betrieblieh uns dieser Zustand nicht. Die Zahl der Schließungsprozesse, durch welche das Unternehmertum einseitig begünstigt wurde und die in der Arbeitnehmerklasse gleiche Empörung hervorgerufen haben, war in den letzten Monaten durchaus nicht gering. Dennoch sind es die Unternehmer, die immer wieder gegen die „Zwangswirtschaft der Löhne“ antreten und die Wiederherstellung der früheren Freiheit fordern.

Die Arbeiterklasse hat deshalb am 20. Mai auch darüber zu entscheiden, ob wichtige soziale Errungenschaften der letzten Jahre ausgegeben oder ob sie weiter ausgebaut werden sollen. Es darf für die Arbeiterklasse kein Zurückgehen und Zurückgeben geben, denn es handelt sich hier um die Zukunft eines einseitigen Wirtschaftskampfes, der die Arbeiterklasse als wichtigste Wirtschaftskategorie geschützt wird. In der gegenwärtigen Lage der Dinge liegen starke Kräfte zu Gunsten der Arbeiterklasse, die wir mit allen Mitteln zu verteidigen haben. Der organisierte Kapitalismus rückt schon seit langer Zeit zu einem großen Schlag gegen die öffentliche Kontrolle vor, und es dürfte ihm ein Erfolg beschieden sein, wenn er es zu einer festen bürgerlichen Mehrheit im Reichstag bringt. Das ist sein Ziel, und dafür gibt er im gegenwärtigen Wahlkampf alle seine Kräfte an. Die Arbeiterklasse muß sich diesem Ziele entgegenstellen und den letzten Endes gegen ihre Interessen gerichteten Schlag abwehren. Sie darf sich nicht zurückdrängen lassen; sie muß die Idee der Gemeinwirtschaft vorwärts zu tragen. Nur auf diesem Wege kann ihr Los gebessert werden.

Die Arbeiterklasse, die befeuert ist von dem Glauben an der Lebensfähigkeit der Gemeinwirtschaft über die privatkapitalistische Wirtschaft und der es ernst ist mit dem Willen zur revolutionären Umformung unserer Gesellschaft, kann am 20. Mai nicht im Zweifel sein, wenn sie ihre Stimmen zu geben hat: Nicht die Kommunisten, die mit all ihren Taten und Wörtern Verratsschreie nur die Gesellschaft des privatkapitalistischen Unternehmertums besorgen, sondern einzig und allein der Partei, die in dem großen Ringen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen privatkapitalistischem Profitstreben und organisierter Gemeinwirtschaft, zwischen Kapitalherrschaft und sozialer Demokratie als der große und gefährlichste Gegenpol zum Unternehmertum gegenübersteht: der Sozialdemokratie!

Landbundesheer verurteilt.

Schwerin, 12. Mai. Vor dem Amtsgericht Schwerin hatte sich der Hauptgeschäftsführer Bremer des Kreislandbundes Schwerin wegen Aufrethaltung zum Ungehorsam zu verantworten. Die Anklage erfolgte wegen einer in einer Landbundesversammlung einmündigen Resolution und auf Grund der Verurteilung des Reichspräsidenten vom 13. September 1923. Das Gericht erkannte auf die vom Ankläger beantragte Strafe von 700 M.

dieser Stunde in Hefer Dankbarkeit gebenden, unter Führung von Wilhelm Grund aus Werk gingen, fanden sie einen wohl bereinigten Boden vor. Denn wenn auch die Erinnerung an die Zeiten eines Philipp Emanuel Bach und eines Georg Philipp Telemann nur noch in den Herzen der älteren Generation lebendig war, so war doch das musikalische Leben der Stadt in den unruhigen Tagen der neunziger Jahre des achtzehnten Jahrhunderts und unter den Werten der Franzosenzeit nicht erloschen. Es hatte sich nur zurückgezogen in die Bürgerhäuser und beschränkt seine Anwesenheit, um zu neuer Blüte zu erheben.

Es nimmt es nicht wunder, daß die Philharmonische Gesellschaft in kurzer Zeit einen Höhepunkt erreichte, der dadurch gekennzeichnet wird, daß sie am 13. Februar 1826 zum erstenmal die gewaltigste Schöpfung des größten deutschen Tonbilders, Beethovens neuntes Sinfonie,

erklingen lassen konnte. Wilhelm Grund, der erste Dirigent der Philharmonischen Konzerte, erlebte auch die Freude, mit einem eigenen Orchester in der Weenerischen Saal, den heutigen Concertsaal, der dann ein halbes Jahrhundert mit der Geschichte der Philharmonischen Gesellschaft verbunden blieb, einzugehen zu können, ehe er im Jahre 1865 als 72jähriger von seinem Amt zurücktrat. Ihm folgte Gotthard, der die öffentlichen Hauptproben einführte, da an den Konzerten aber weit mehr als die diejenigen teilhaben konnten, die danach verlangten. In der Zeit der Tätigkeit dieses Nachfolgers, Julius von Bernuth, fiel das Fest des 50jährigen Bestehens der Philharmonischen Gesellschaft, das mit Johannes Brahms als Dirigenten einen neuen Höhepunkt in ihrer Geschichte bedeutete.

Es war nur eine Ergänzung der Arbeit der Philharmonischen Gesellschaft, als dann im Jahre 1896

der Verein Hamburger Musikfreunde

gegründet wurde. Eine Ergänzung deshalb, weil dieser Verein seine vornehmste Aufgabe darin erblickte, die ebenfalls Werke der Musik den Kreisen zugänglich zu machen, die die Philharmonische Gesellschaft nicht erfassen konnte. Das war zu jener Zeit, in der die deutsche Arbeiterklasse um die Teilnahme an den kulturellen Gütern unserer Väter rang, und es ist ja nur natürlich, daß in einer Stadt wie Hamburg dieses Ringen - ihr zum Gegenüber mit Ziel gelangte als andererseits. Mit der Einrichtung der volkstümlichen Konzerte setzte der Verein Hamburger Musikfreunde die besten Überlieferungen der hundertjährigen Musikgeschichte fort. Wesentlich gefördert wurde diese Arbeit dann durch die hochherzige Schenkung der Musikhalle, die von Carl Leitzig im Jahre 1908 dem musikalischen Leben seiner

Vaterstadt auch einen würdigen räumlichen Mittelpunkt gab. Es ist gewiß kein Zufall, daß im Jahre 1918 dann beide Institute verschmolzen wurden. Denn wieder, wie vor hundert Jahren, suchte die Seele einen Halt, und wieder fand sie ihn in den Werken unserer Großen, in denen sich das Beste unseres deutschen Wesens ausdrückt.

Mit herzlichsten Dankesworten wandte sich der Bürgermeister Peterlen sodann an den gegenwärtigen Hauptdirigenten der Philharmonischen Konzerte, Herrn Dr. Müller, der im Jahre 1922 dem Fest nach Hamburg folgte. In ihm vereint sich nur die Philharmonische Gesellschaft, sondern ganz Hamburg den Mann, der, weil er ganz zum Diensten bereit ist, ganz zum Führer ausgereift ist. Aus Anlaß des Jubiläums der Philharmonischen Gesellschaft hat der Senat die

Eröffnung einer Johannes-Brahms-Plakette beschlossen, die am das Musikleben Hamburgs hervorragend verdienten Männern und Frauen verliehen werden soll. Herrn Dr. Müller soll nach diesem Beschluß die Plakette nach ihrer Fertigstellung als erstes überreicht werden.

Der Senat hat ferner der Philharmonischen Gesellschaft einen Betrag von 20 000 M. als Grundstiftung

zur Verwaltung überlassen, die zur Unterhaltung begabter und tüchtiger Musiker verwendet werden soll. Die Rede des Bürgermeisters schloß: Möge die Musik in Hamburg immer lebendig sein. Möge sie über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg immer die Herzen zusammenbringen lassen in der gemeinsamen Freude an Schönen und Guten, und möge sie von der Menschheit auf die Erde der Menschheit und der Nation, auf die heilige deutsche Kunst!

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Mundfunk-Rundschau.

Die Rundfunk-Direktion, die für die Zusammenfassung der umfangreichen Darbietungen verantwortlich zeichnet, handelt nach dem Grundsatz: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen und jeder sich das Beste aus.“ Sichtlich zu begreifen ist, daß die Rundfunk-Direktion in enger Verbindung mit dem Arbeiter-Radio und Hamburg nun auch Abende veranstaltet, die dem Gespöhlchen der Arbeiter näher kommen. Obgleich diese Abende, gemeint sind die Abende für die Werktätigen,

Wiederholung des Antrags, der - wie oben erwähnt - wenige Tage vorher abgelehnt worden war.

Die sozialdemokratische Fraktion verweigert seit langem den Grundbesitz, für seine Agitationsanträge der Kommunisten, die nicht die geringste praktische Bedeutung haben, nicht mehr zu stimmen, sondern sitzen zu bleiben. So war es auch in diesem Fall. Die sozialdemokratische Fraktion ist doch schließlich kein Stiefkind der Kommunisten.

Wilhelm im Wahlkampf.

Der Oberbürger von Doorn. - Frau Joubhoff in Aht. - Die Widmung für Emil Ludwig (Cohn).

Auch Wilhelm, unser in Holland austretender Leiter Kaiser, taucht plötzlich im Wahlkampf auf. Einer seiner Getreuen, der ihn genau kennt, der Graf Fink von Finkenstein, Generaladjutant Seiner Majestät, hat seinen in Köln vor der demokratischen Vereinigung erzählt, womit sich Wilhelm beschäftigt, während das deutsche Volk seinen vierten Reichstag wählt.

Als seinen Ausführungen, die im Beste höchster Unterwürfigkeit gemacht wurden, geht hervor, wie gut es dem Hohenzollern in Holland geht. Graf Fink von Finkenstein, Generaladjutant Seiner Majestät, hat seinen in Köln vor der demokratischen Vereinigung erzählt, womit sich Wilhelm beschäftigt, während das deutsche Volk seinen vierten Reichstag wählt.

Seine Majestät arbeitet von früh bis spät im Garten. Die Verwaltung des Hofstaates führt er in Generalabteilung, die die gegenwärtig abläuft und sehr viel zu tun haben. „Ich allein habe einen Sekretär, der nichts anderes tut, als Briefe zu schreiben. Dann müssen wir aber auch den Kaiser bei den verschiedenen Regimentsfesten vertreten. Wäher konnten wir bei diesen Gelegenheiten in Gegenwart der Reichswehr öffentlich auftreten.“

Paris ist wohl überlegt, was der Kaiser tut. Natürlich packt er im Park auch Holz. Das ist sehr gesund!

Mit seinen Angehörigen, Kindern und Geschwistern verkehrt er in überaus herzlicher Weise. Sie kommen ihn alle besuchen. Den Verkehr mit Frau Joubhoff, seiner Schwester, hat er natürlich abgebrochen.

Man soll das Weib in ein Sanatorium stecken. Was geht es den Kaiser an, was die verrückte Frau Joubhoff macht. Einige Abgeordnete bereden dabei sich vor einigen Wochen persönlich zur Fürstin eingeladen.

Journalisten werden natürlich nicht empfangen. „Die schmeißt ja doch nur.“ Das einzig Wahre, was über den Kaiser geschrieben wurde, stammt von seiner Majestät selbst. Jeder aber werden seine Bücher zu wenig gelesen.

Man liest aber die Bücher des ungetreuen Grafen Jeldit und des Juden Emil Ludwig (Cohn). Mit dem Cohn-Buch ist übrigens ein toller Fall passiert. Schreibt da so ein Amerikaner nach Doorn, der Kaiser solle ihm eine Widmung hinstreichen, da es ihm so gut gefallen habe. Ich bin ihm sehr dankbar, er solle es nur schicken. Es sage ihm, was es ihm bedeutet, er solle es nicht behandeln. Der Kaiser alle diese Dinge im Gegensatz zu den übrigen Memoirenschreibern. Er greift niemanden an. Und wenn er es täte, wer sollte es ihm verzeihen. Sperren Sie einmal einen Cebirko 10 Jahre ins Gefängnis und geben dann in diesen hinein. Was wird dann passieren. . .

Und der Kaiser, er ist nicht ein Edelwild erster Ordnung. . . Die Gemalt des Oberbürger Wilhelm soll nach den Zeichnungen seines Generaladjutanten ganz ausgezeichnet sein, nur leidet er dauernd an Schlägen.

eine Lausache, die ihn wahrhaftig auch 1918 daran gehindert hat, in den Schützengraben zu gehen, wo er doch nasse Füße bekommen hätte. Wilhelm arbeitet sehr kolossal. Das Familienleben soll bei ihm einen neuen Platz bekommen, seitdem er sich wieder vermählt hat. Um übrigen erklärte der edle Graf, daß Wilhelm II. nur zurückkommen werde, wenn sein Volk ihn rufe. So wird wohl Deutschland auch weiterhin auf dieses Stück Edelwild verzichten müssen.

Arbeiter- und Angekligtenbewegung.

Deutsches Reich.

Aufreizende Maßnahmen im Rheinisch-Westfälischen.

SPD. Köln. Aus Koblenz wird uns gemeldet, daß die Rheinpolizei durch Landjäger und Schutzpolizisten erheblich verstärkt worden ist. Auch eine größere Anzahl von Polizeibooten sind für die Dauer des Rheinisch-Westfälischen und der Aufspernung in den Dienst gestellt worden. Dabei muß die bürgerliche Presse aber feststellen, daß nur ganz wenige sogenannte Besichtigungen von Schiffen auf der Fahrt vorkommen. Die Fälle, in denen dies geschieht, sind, seien nur verschwindend gering. Warum wird dann ein solches Aufgebot von Polizei und Landjägern überhaupt unternehmen?

Streik bei der Deutschen Tageszeitung und der Kreuzzeitung.

Der Vormarsch berichtet: In der Zentraldruckerei G. m. b. H. in der Dessauer Straße 6, in der die Deutsche Tageszeitung, die Kreuzzeitung und der Reichsboten gedruckt werden, hat gestern (Freitag) das gesamte Personal die Arbeit niedergellegt. Von der Besetzung war bei der Firma der Antrag gestellt worden, eine Lohnerhöhung auf 2 M. über den Schiedspruch hinaus zu gewähren. Dieser Antrag wurde von der Firma abgelehnt und der Besetzung eröffnet, wenn das nicht passe, der könne gehen. Daraufhin hat die Tageszeitung bereits die Arbeit niedergelagt, so daß die Abendausgabe nicht erscheinen konnte. - Wie das Wolff-Bureau meldet, ist die „Deutsche Tageszeitung“ am Sonnabendabend mit einer „Not-Ausgabe“ erschienen.

Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches.

Der Schiedspruch zur Beilegung des Konfliktes in der hannoverschen Metallindustrie ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

nur als ein Versuch betrachtet werden können, darf doch gesagt werden, daß dieser Versuch als gelungen zu bezeichnen ist. Ueber den ersten Abend, der bereits an dieser Stelle gewirkt wurde, braucht nichts mehr gesagt zu werden.

Der zweite Abend war unserer „Großstadt“ gewidmet. Auch dieser Abend, der durch einen ebenfalls gelungenen temperamentvollen Vortrag von Senator Krumm an eingeleitet wurde, übertrug die sonstigen Darbietungen der „Kreuz“ bei weitem. Der zweite Teil des Abends war eine Gedächtnisfeier zu dem 61. Geburtstag Max von Gorki. Karl Leitzig und die Vorgänger in dieser waren mit erstem Erfolg bei der Sache und brachten mit gutem Willen die erschlaffenden Szenen aus dem „Nachspiel“ zu Gehör.

Der dritte Abend fand am 30. April dieses Jahres statt, also einen Tag vor unserm 1. Mai. Der Abend war dem Frühling gewidmet und erinnerte nur ganz leicht und glücklich an den großen Weltkater. Der Vortrag unseres Arbeiterrichters Hermann Claudius, in dem besonders die Schuld der Großkapitalisten zur reinen Natur zum Ausdruck kam und in dem er die nordische Bevölkerung als die Frühlingssäcker bezeichnete, war eine in jeder Beziehung seine Leistung. Käthe Wittenberg von Deutschen Schauspielhaus sprach mit bekannter Meisterhaftigkeit und innerem Erleben Bonifaz „Drohensklacht“ aus „Die Wene Waga“.

Einen Höhepunkt erreichte die Darbietungen der „Kreuz“ in der Veranstaltung „Mai“ am 1. Mai. Es ist schade, daß gerade diese Veranstaltung nur wenig von den Arbeitern gehört wurde, da diese Fete bereits nachmittags 5 Uhr stattfand. Das Programm bestand aus „Fidelio“ Overtüre von Beethoven, einer ganz ausgezeichneten Rede des Bürgermeisters Roth und dem gewöhnlichen Musikwerk „Fischweil“, 1912. Dieses Werk sollte alle andern musikalischen Darbietungen, die an dem Abend für Werkstätte gegeben wurden, dirigiert mit ganzer feierlicher Hingabe Musikdirektor José Eibenbach.

Die „Deutsche Buch-Gemeinschaft“ und der deutsche Buchhandel.

Nach jahrelangem Rechtsstreit ist nunmehr zwischen der Deutschen Buch-Gemeinschaft in Berlin und dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig ein Vergleich zustande gekommen, in dem der nordische Bevölkerung als die Frühlingssäcker bezeichnete, war eine in jeder Beziehung seine Leistung. Käthe Wittenberg von Deutschen Schauspielhaus sprach mit bekannter Meisterhaftigkeit und innerem Erleben Bonifaz „Drohensklacht“ aus „Die Wene Waga“.



Persil
im Schlaf- und
Badezimmer
Haarbürsten, Kämmen und Schwämme, Toiletten-
geschür und Badewanne bedürfen einer regel-
mäßigen, desinfizierenden Reinigung. Hierfür ist
Persil das Gegebene.

Persil
reinigt und desinfiziert alles und hinterläßt den an-
genehmen, frischen, Geruch peinlicher Sauberkeit!

DIE ERNÄHRUNG
AUSSTELLUNG
DES
LEBENS- UND ERNÄHRUNGS-
MUSEUMS
DIE MENSCHLICHE ERNÄHRUNG
BERLIN 1928
AUSSTELLUNGSSHALEN - WASSERBÜHM
5. MAI - 12. AUGUST
Gutscheine für 1 1/2, 3,
5, 7 Tage Berlinaufenthalt
für
billige Einzel- und
Gesellschaftsreisen
Auskünfte und Prospekte durch
Reisebureau Walter Bamberger
Hamburg 1, Pferdemarkt

FLORA
DIE VARIETE BÜHNE
FERNRUF: VULKAN 1023
TÄGLICH 4 UND 8 1/2 UHR
INTERNATIONALES
VARIETE
KARTEN 7 TAGE 15,- 10,- 5,- 1,- 100
Deffentliche Leihbibliothek Amandlastraße 58
vom 14. bis 26. Mai 1928 an jedem Montag,
Mittwoch und Sonnabend
In der Leihbibliothek Amandlastraße 58
über die noch vorhandenen Bücher aus der Zeit
vor dem 1. August 1927.
Zum Verkauf kommen:
Zinn-, Glas- und Silberbüchsen, Uhren
einer Art, Glas, Kristallgläser, Öllampen,
Damen- und Kinderkleidung, Seife, Toilet-
tücher, Federn und Bleistifte, Ketten, Uhren,
Glas, photographische Apparate, Fern-
und Schreibmaschinen, Musikinstrumente, Feder-
schreiber, Nähmaschinen u. vieles andere mehr.
Die Versteigerung beginnt am Montag, 14. Mai,
um 9 1/2 Uhr morgens.
Die Versteigerung beginnt um 9 1/2 Uhr morgens.
24159 Die Leihbibliothek erwirbt.

Zum Frühjahr
ein erstklassiges
G.G.G. oder
Frischauf-
Fahrrad
Ausstellungen- u. Verkaufsräume
Kaiser-Wilhelm-Str. 20/26
Hamburg-Str. 390
PRODUKTION

Preiswerte Weine!

Weißweine		per Flasche
1926 er Edenkober Berg	1.10
1926 er Hockheimer Sonnenberg	1.25
1926 er Liebfraumlich	1.45
1926 er Rildesheimer	1.50
1926 er Niersteiner Domthal	1.50
1921 er Liebfraumlich	1.75
1936 er Riesporter Goldtröpfchen	1.90
Rotweine		
1926 er Montagne	0.95
1926 er Cru Saint Vincent	1.10
1926 er Dürkheimer Feuerberg	1.30
1922 er Chat. La Grange, Bordeaux	1.50
Weiße Bordeauxweine		
1921 er Haut Sauternes	2.50
1923 er Haut Sauternes Prop. Jaques Belont	2.50
Südweine		
Tarragona, feiner alter	1.10
Malaga, golden	1.35
Sherry, feinstes alter	1.35
Insel Samos, alt, süß	1.45
Yalencia, spanischer süßer Weißwein	1.50
Malaga Laerimae Christi	1.60
Douro Portwein, Porto Sa.	1.70
Schaumweine		
Obstschäumwein	1.25
Liebfrauengold	2.70
Türkisch, roter Sekt	2.80
Cabinet Haus, Carlsbad	2.90
Wachenheimer Pfalz, grün	3.90
Schloss Vaux Extra	4.90
Kupferberg Gold	6.50

Rathge
Das Spezialhaus für Weine, Spirituosen und Liköre
Hamburg: Steindamm 43 Gr. Burstah 25 Eppendorfer Weg 44
Nordsee 1599 Roland 2604 Hansa 7883
Hoheitlichaussee 40 Wandsb. Chaussee 305 Hamburger Straße 93
Markus 3533 Nordsee 1593 Nordsee 9040
Altona: Reichenstr. 1, am Nobistor Bergedorf: Gr. Straße 13
(nur Weine) U 2, 8944 Bergedorf 557
Neu eröffnet: Hamburger Straße 132 Nordsee 2557 (24 138)

Nicht nur Ihre Kleidung
bedarf der chemischen Reinigung von Zeit zu Zeit, sondern auch Teppiche, Vorhänge u. Gardinen müssen regelmäßig gereinigt werden, damit Sie sich in Ihrem Heim wohl fühlen. Auch für die Erhaltung des wertvollen Materials ist chemische Reinigung notwendig, denn Staub und Schmutz zerstören die Gewebe. Verbinden Sie das Angenehme mit dem Nützlichen. — Wir holen und bringen in kürzester Zeit.

KARSTADT-PORGES
Färberei*Chem. Reinigung
37 Läden in allen Stadtteilen Fernsprecher-Zentrale: D 8 Schilfbex 3461 und 3462

Meine Preise sind ausserordentlich billig!

Schlafzimmer
m. 3 Teil. Ankleideschrank
in Eiche, Birke, und
Mahagoni mit
325,- 375,- 450,- u.s.w.

Schlafzimmer
echt Eiche
m. 180 m. Br. Schrank
v. 575,- Mk. an

Speisezimmer
echt Eichen, Büfett-
Kredenz, gr. Zugsch
u. 4 Lederstühle
von Mk 375 an

50 Modelle in
Küchen
Büfett, Tisch u. 2 Stühle
von 60,- Mk. an

Kleiderschränke 50, 65, 85,
Bettstellen v. 25,- an
Waschkommoden v. 15,-
Nachtschränke v. 20,- an
alles einzeln!

Herrenzimmer u.
Polster möbel
in großer Auswahl
riesig billig!!

Auf Wunsch wird Zahlungs-
erleichterung gewährt!

Möbel Köhler
Fabrik u. Ausstellungsräume
BARMBECK HAMBURGERSTR. 61-63

VERSAMMLUNGSTAFEL
FÜR PARTEI UND GEWERKSCHAFTEN

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Hamburg
Zarifgruppe Landbetriebe:
Verammlung der Vertrauensleute am
Montag, 14. Mai, 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Café. Tagesordnung wird
in der Verammlung bekanntgegeben.
Die Disziplinarverwaltung.

**Handwerker, Malerinnen und
Beizer der chemischen Industrie.**
Verammlung
am Mittwoch, 16. Mai, 19 Uhr, im Ge-
werkschaftshaus, großer Saal oben.
Tagesordnung: 1. Bericht.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Bezirk Hamburg.**
Dienstag, den 15. Mai 1928, 19 Uhr (7 Uhr abends)
bei Sagebiel, Drehbahn, im weißen Saal.
Mitglieder - Vertreter - Verammlung.
Tagesordnung:
Gewerkschaftstagesrat - Verbandstag.
Zusammen und Mitgliedsbuch nicht vergessen! Ohne
diese kein Zutritt!
Der Vorstand.

**Kauft, tragt, lobt
Kapoo-Strümpfe!**

Monte Alegre heißt

die hochwertige Stammpflanze der Familie des
verstorbenen Kaffeekönigs Francisco Schmidt, eines
Deutschen, der als erster mit großer Sorgsamkeit
die edle Kaffeebohne in der gleichen Weise
behandelte, wie in seiner deutschen Heimat die
Rheinweintraupe.
Gleichen dem Wein muß der Kaffee, um höchste Qua-
lität zu erzielen, an Berghängen gezogen werden.
Die Kaffee Bohnen in Bremen verwendet deshalb aus-
schließlich Hochgewächse Zentral- und Südamerikas.
Kein Preis ist für die Kaffee Bohnen zu hoch, um die
Produkte solcher hochwertigen Plantagen zu er-
werben. So erklärt es sich denn, daß die Qualität
des Kaffee Bohnen unerreicht ist.
In unserem sonnenarmen Klima ist der Stoffwechsel
seltener stark genug, um das mit dem edlen Kaffee-
getränk von uns aufgenommene schädliche Coffein
genügend auszuscheiden, deshalb wird der Kaffee
caffeinfrei gemacht. Der coffeinfreie Kaffee Bohnen
ist das Ergebnis hochwertiger Plantagenzucht und
die Kostbarkeit seines Aromas ist unübertroffen.

KA PO

Als die Kaffee Bohnen Bremen. Für beiliegende RM - 46 in Brief-
marken senden Sie mir bitte eine Probepackung (50 Gramm) Kaffee Bohnen
Name: _____ Straße: _____
Ort und Post: _____

Zu Pfingsten
Ist die Bildung und Gerechtigkeit fast
kegeln sein. Wenn Pfingsten für die
Aufstellungen der Gerechtigkeit, so
halten Sie bei uns einen
Anteil. Die können
dam in 300 Tausend
ausfällen zu Leben
genießen einleben und haben
bestimmte Pfingstfesten, da
beginnt am 1. Juli 1928

Waren-Kredit-Gesellschaft
des Hamburger Einzelhandels e. G. m. b. H.
Neuerwall 32 / Altona, Marktstr. 30

Ausschneiden und aufbewahren!

Wir kaufen oder tauschen ständig für
Bibliotheken der Arbeiter-Organisa-
tionen politische, gewerkschaftliche
und genossenschaftliche Literatur

Einzelne Werke und ganze Bibliotheken

Wir suchen stets:

Neue Zeit besonders Jahrg. 1923-91
Neue Gesellschaft Herausgeber
Braun
Sozialistische Monatshefte
nur gebundene Jahrgänge
Der Wahre Jacob nur vollständige,
saub. gebundene
Jahrgänge
Politische und gewerkschaftliche Zeitungen
gebundene Jahrgänge

**Vorkriegsbände der
Internationalen Bibliothek**
Liebnecht, Fremdwörterbuch -
Flugblätter - Broschüren

**Manuskripte - Briefe -
Bilder (auch Photos)**
von Arbeiterführern

**Werke von Marx - Engels
Bebel - Frohme - Liebknecht
Weitling usw.**
Mehring, Parteigeschichte
Maurenbrocher, Hohenzollerntegende
Kautsky, Agrarfrage
Parteitagsprotokolle; Berichte von
Gewerkschafts- und Genossenschafts-
tagungen, internationalen Kongressen
usw.

Angebote mit Preisforderung an
„Ipa“
Internationales politisches Antiquariat
Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 14
C 5 Stephan 5339
Bei großen Objekten Besichtigung am Orte.

Altona und Umgegend.

Für die Wahlen am nächsten Sonntag

Die Wahlen zum Reichstag und zum Preussischen Landtag finden statt am

Donnerstag, 20. Mai 1928, in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Die Wahllokale und die Abgrenzung der Wahlbezirke sind auf den Plakaten an den öffentlichen Anschlagtafeln, in den städtischen Dienstgebäuden und Polizeistationen ersichtlich.

Die beiden Stimmzettel für die Reichstags- und Landtagswahl erhält der Wähler zugleich mit einem Umschlag im Wahllokal ausgehändigt. Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt. Der weiße Stimmzettel ist für die Reichstagswahl und der rosa Stimmzettel für die Landtagswahl bestimmt. Auf jedem Stimmzettel ist eine große Anzahl von Wahlvorschlägen untereinander aufgeführt.

Die Stimmabgabe erfolgt in folgender Weise: Der Wähler begibt sich mit dem beiden Stimmzetteln und dem Umschlag in die Wahlzelle und macht dort auf jedem der beiden Stimmzettel den Wahlvorschlag kenntlich, dem er seine Stimme geben will. Die Kennzeichnung geschieht am zweckmäßigsten durch ein Kreuz, das in den Kreis eingetragener wird, der sich unmittelbar neben dem betreffenden Wahlvorschlag auf dem Stimmzettel befindet. Die beiden gekennzeichneten Stimmzettel werden gefaltet und zusammen in den Umschlag gelegt. Mit dem Umschlag begibt sich der Wähler darauf an den Wahllokal.

Ein abgegebener Stimmzettel ist ungültig, wenn darin überhaupt kein Wahlvorschlag angekreuzt oder auf andere Weise gekennzeichnet ist. Ebenso, wenn gleichzeitig mehrere Wahlvorschläge in demselben Stimmzettel gekennzeichnet sind.

Wahlen kann nur, wer in eine Wahlzelle eingetragener ist. Die Wahlzelle ist durch ein weißes Gitterwerk von den anderen Wahlzellen abgetrennt. Die Wahlzelle ist von 7 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags (Sonntags von 8 Uhr bis 1 Uhr) geöffnet, und zwar nur bis einschließlich 18. Mai, und am Wahltag werden keine Anträge auf Ausstellung von Wahlzelle mehr angenommen.

Jeder Wähler hat persönlich sein Wahlrecht auszuüben; eine Vertretung durch andere Personen ist ausgeschlossen.

Wähler, die des Schreibens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig auszufüllen oder in den Umschlag zu legen und diesen dem Wahlvorstand zu übergeben, dürfen sich im Wahlraum der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen, die der Wähler selbst zu bestimmen hat.

Nach 5 Uhr dürfen nur noch die Stimmberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum schon anwesend waren.

Politische Frauenfeierstunde!

Dienstag, 15. Mai, abends 8 Uhr im „Kaiserhof“

pricht Louise Schroeder.

Gesang, Rezitation, Lichtbilder, Sprechchor der Jugend

Wandgang der Fischzucht.

Die Fische sind im letzten Wochen gegenüber der Vorwoche bedeutend zurückgegangen. Gelandet wurden von drei Nordseefischern 105 000 Pfund und von zwei Islandfischern 137 000 Pfund frische Seefische. Am alten Markt kamen 20 Fische 27 780 Pfund frische Fische (meist Schollen) zur Auktion, während aus 89 Fischen schätzungsweise 11 500 Pfund direkt an die Verbraucher zum Verkauf gelangten. Der Gesamtumsatzsumme an eingefangener Ware bezifferte sich auf 2 055 000 Pfund. Besonders vertreten waren Schellfisch, Klabber, Heilbutt, Steinbutt, Bräsen und Aale. Die Heringszufuhr aus Norwegen, die voraussichtlich mit der kommenden Woche zum Abschluss kommen wird, stellte sich auf 1 200 000 Pfund an fünf Tagen. Der Gesamtumsatz des Altonaer Fischmarkts stellte sich demnach auf: a) Auktion 475 000 Pfund, b) freibändiger Verkauf 1 210 000 Pfund, zusammen 1 685 000 Pfund.

Eine neue Polizeiverordnung, betreffend die Ausübung des Freizeitsportens im Regierungsbezirk Schleswig, ist vom Regierungspräsidenten erlassen worden. Die Polizeiverordnung, von der ein Abdruck in jedem von ihr betroffenen Geschäftsräum an sichtbar Stelle zum Ausbhang zu bringen ist, tritt sofort in Kraft. Damit verlieren alle bisher von den Ortspolizeibehörden in dieser Angelegenheit erlassenen Polizeiverordnungen ihre Gültigkeit.

Die Ausschreibung der einmaligen Reichsbüchse an Kleinrentner findet statt in Altona: am 15. Mai bei der Rentenkasse des Hauptpostamtes, Poststraße, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr; in Altona: am 15. Mai, vormittags 9 bis 12 Uhr, durch die Verbände, Spar- und Girokassen Altona-Blankenese und die örtlichen Rebenstellen; in Altona-Groß-Flottbek: Dienstag, 15. Mai, vormittags 9 bis 12 Uhr, in der Sparkassenfiliale; in Altona-Eidelstedt: Dienstag, 15. Mai, vormittags 9 bis 12 Uhr, in der Verwaltungsdienststelle und in Altona-Stellingen: Mittwoch, 16. Mai, vormittags 9 bis 13 Uhr, in der Sparkassenfiliale.

Ein kleiner Erfolg. Im November gaben wir eine Zuschrift wieder, in der in Verbindung mit der Affäre des Stadtverordneten Dr. Schramm darüber Klage geführt wurde, daß in der Aula des Realgymnasiums Blankenese noch immer etwa 15 Kränze mit schwarzweißer Schleife hängen, während der Fächer der Republik natürlich nicht zu sehen waren. Die republikanische Besondere hat die Sache aufgegriffen und am 15. November beim Provinzialparlament in Schleswig Beschwerde erhoben. Auf Annahme bekam sie am 1. Februar 1928 vom P.S.R. Schleswig folgenden Bescheid: „Auf die Eingabe vom 24. vorigen Monats erwidern wir, daß in der Angelegenheit an den Herrn Unterrichtsminister Verit. I. erstattet, eine Entscheidung aber noch nicht ergangen ist. Auf nachmalige Anfrage vom 4. Mai 1928. erwiderte uns nunmehr das P.S.R. Schleswig folgenden Bescheid: „Auf 6897 z. F. A. vom 4. dieses Monats erwidern wir, daß ein endgültiger Bescheid noch nicht ergangen ist, daß die Kränze aber aus der Aula entfernt sind.“

kantengemorden. Für die Demonstrationen der Stimmrechtsfrauen, der sogenannten „Suffragettes“, die von Frau Sothea Pantke zu führen wurden, hat sich im Jahre 1911 ein „Marsch der Frauen“ komponiert, und zu seinen Klängen sind dann die „Suffragettes“ vor die Parlamente, vor die Ministerien und durch die Straßen Londons gezogen. Ethel Smyth darf es als ein Geschenk zu ihrem 70. Geburtstag betrachten, daß man gerade gegenwärtig in England damit beschäftigt ist, den Frauen das Stimmrecht im gleichen Umfange zu gewähren, wie es die Männer besitzen.

Sohe Mütterlichkeit in England. Das englische Gesundheitsministerium stellt sich in der Öffentlichkeit mit anderen zuständigen Stellen eine Erhebung auf breiter Grundlage über die Ursachen der Wochenbett- und Müttersterblichkeit an, die zur Zeit in England einen bedauerlichen Umfang angenommen hat. Der Hauptanteil an dieser Erhebung dürfen wohl die folgenden Wohnverhältnisse des englischen Proletariats in den sogenannten „Slums“, den berüchtigten Elendsvierteln, einnehmen.

Werkblatt für unsere Frauen.

Der Aufstellungsplan zur Frauenkundgebung ist für alle Wichtige auf den ersten Seite der ersten Beilage zu sehen. Die Bezirksfrauenvereine, die wichtige Handzettel gehen Montag nachmittag an die Vorlesungen. Verbreitung Montag abend und während der Kundgebung am Dienstag.

Neustadt. Alle aktiven Genossinnen treffen sich Montag früh 7.30 Uhr zur Flugblattverteilung beim Genossen Trautner, Mittelstraße 16.

St. Georgs-Eck. Unterkanne Karten zum Film „Kreuzung des Weibes“ müssen bis 15. Mai bei Frau Haake, Wallstraße 8, p. r., abgeholt sein.

Eintrittskarten. Die aktiven Genossinnen holen Material zur Flugblattverteilung Montag von 16 Uhr an bei E. Wagner, Faberstraße 3, 2. Et. — Die Teilnehmer an der Demonstration treffen sich Dienstag, 15. Mai, 18.45 Uhr, Hochbahnhof Osterstraße.

Eppendorf-Winterhude. Die Bezirksfrauenvereine werden gebeten, die Karten für den Film am 14. Mai in den Hardestedter Lichtspielen bei der Genossin F. u. g. Falckenheit 16, Hs. 9, 2. Et., am Montagvormittag abzurufen.

Sandhorn. Dienstag, 15. Mai, 20 Uhr, bei Gundlach, Harmonie-Schiffplatz. Film „Der Kreuzung des Weibes“ mit Vortrag der Genossin Paula Henningsen. Bis kommenden Montag die Karten abholen.

Altenhof. Zur Demonstration schließen sich die Frauen, die nicht marschieren können, am Gewerkschaftshaus dem Tage an oder fahren bis zum Curiohaus.

Warmbeck-Eid. Handarbeitsabend, Hinrichsenstraße, Montag, 14. Mai, 19.30 Uhr. Genosse Dr. Eichtenstein spricht über: „Die Frau in der Wechsellagen“. Am zehntägigen Ernteeisen wird gebeten. Gäste sind willkommen. — Stimmzettel am 21. Mai, 19.30 Uhr, bei Frau, Scheideplatz. Karten 10 z, mit einer Tasse Kaffee. Kuchen muß jeder mitbringen.

Der Gipfel deutschnationaler Wahldemagogie.

Kampf und Lügen gegen die Sozialdemokratie.

Schwere Verleumdung der Preußenregierung. / Alles für die Landwirtschaft. / Nichts für die Großstadt.

Wir sind zwar noch nicht am Ende des Wahlkampfes, aber was sich jetzt schon die Deutschnationalen an Wahldemagogie leisten, übersteigt bereits die Grenze alles Glaubhaften. Für Schleswig-Holstein hat die Deutschnationale Volkspartei eine Wahlerzählung herausgegeben, die wieder einmal kraft die ungeheure Verlogenheit dieser Partei offenbart. Die Deutschnationalen handeln in dieser Zeitung in der Tat nach den Grundsätzen ihrer Führer Schlange-Söhningen, Westarp, Bergt um. Schlange-Söhningen sprach bekanntlich aus, daß nicht die Kommunisten, sondern die Sozialdemokraten der Feind der Rechte sind. Die Sozialdemokratie sei die große revolutionäre Partei, die bekämpft werden müsse. Diese und ähnliche Ansprüche werden in der Wahlerzählung wahr gemacht.

Die deutschnationale Wahlerzählung richtet sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie.

Nur einmal werden die Kommunisten nebenbei erwähnt.

Der ganze Haß der Deutschnationalen wird ferner auf die Preußenregierung abgelenkt, weil in ihr zwei Sozialdemokraten sitzen. Es werden demselben Behauptungen in einer erdrückenden Menge aneinander gereiht, ohne auch nur einmal den Versuch eines Beweises anzutreten. Das alles geschieht, weil die Deutschnationalen in Preußen nicht in der Regierung sitzen und keine Macht ausüben. Deshalb wird behauptet, „die Sozialdemokratie führt heute in Preußen ein einseitiges Parteiregiment“. Staatsverwaltung und Polizei werden „zu gefügigen Organen des Parteiwillens“ gemacht. „Die verfassungsmäßig vererbte Gewalt und Meinungsfreiheit ist zur leeren Pröze geordnet.“ Ja, ausgerechnet die Deutschnationalen entblößen sich nicht, zu behaupten, „sozialdemokratische Parteimänner machen in Preußen weder vor Urteilsprüfern und der Unabhängigkeit der Gerichte halt, noch vor den Rechten der Selbstverwaltung.“

Erneut wird auch des alte Märchen, das darum aber nicht wahrer wird, aufgeführt, wonach die Sozialdemokraten die Inflation verschuldet haben, die Deutschnationalen aber mit ihrem Helfertum an der Spitze die Währung wieder stabilisierten. Den Deutschnationalen steigt auch nicht einmal die Schamröte ins Gesicht, wenn sie erklären, die sozialen Versicherungs-einrichtungen seien während der sozialistischen Herrschaft in den Jahren 1918 bis 1923 vernichtet worden. Sie seien erst „in schweren Kämpfen gegen die Sozialdemokratie, aber mit tatkräftiger Hilfe der Deutschnationalen“ wieder aufgebaut.

Das sagen die Deutschnationalen, die sich dauernd gegen jeden, aber auch den kleinsten sozialen Fortschritt zugunsten der Werktätigen mit Händen und Füßen gestraubi haben.

Sie sagen dieser Behauptung dann noch die freche Bemerkung an, daß während der sozialdemokratischen Regierungszeit den Erwerbslosen durch Veränderung nur eine Bedürfnisunterstützung gewährt wurde, bei der ein peinliches Prüfungsverfahren und oft entwürdigende Zumutungen die Regel waren. Die Sozialdemokratie habe nur dazu geschwiegen, Forderungen aufgestellt, im übrigen aber alles beim alten gelassen. Wir brauchen hier nur zu registrieren, daß es gerade die deutschnationalen Staatsminister und Beamten waren, die gegen den Willen der Sozialdemokratie am hartnäckigsten an dieser unerhörten Bedürfnisunterstützung festhielten, um nachzuweisen, welche schamlose Heuchelei in dieser Bemerkung liegt.

Im übrigen befaßt sich die Wahlerzählung fast ausschließlich mit den Rechten der Landwirtschaft.

Die Rechte der Großstadtbewohner, der Werktätigen, der

vielen Erwerbslosen haben die Deutschnationalen gar nicht auf Rechnung.

Das Gewerbe, von dem unser Schicksal abhängt, so schreiben sie, ist die Landwirtschaft. Deshalb soll die Landwirtschaft über alle Volksteile hinaus weitgehend bevorzugt werden: Rückkehr zur autonomen Regelung der landwirtschaftlichen Zölle, beschleunigte Vorbereitung eines dem Zollpolitischen Rüstzeug anderer Staaten angepaßten neuen Zolltarifs und in der Zwischenzeit Ablehnung jedes neuen Handelsvertrages und jeder internationalen Bindung, durch die der Landwirtschaft „neue Kalten“ auferlegt werden. Das sind die Opfer, die das immer noch schwer lebende deutsche Volk nach Meinung der Deutschnationalen für die Landwirtschaft bringen muß. Im krassen Widerspruch dazu wird an einer anderen Stelle aber „Nahrungsmittelfreiheit vom Ausland“ gefordert. Dazu kommen noch weitere deutschnationale Wünsche, die alle darauf abzielen, die Landwirtschaft zu entlasten, die Großstadtbewohner aber zu belasten. Es wird unter anderem gefordert: Aufhebung der Umfassungsfreiheit für die Einfuhr von Agrarprodukten, Verteilung der Schul-, Straßen- und Stromausgaben auf tragfähigere breite Schultern, Verteilung der Gemeinden zur Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer und zur gleichmäßigen steuerlichen Erfassung des jetzt steuerfreien Einkommens; beseitigen Abbau der Grundvermögenssteuer, Abbau der Hauszinssteuer für landwirtschaftliche Betriebs- und Wohngebäude. Auch hier das selbe Bild:

Nur keine Belastung der Landwirtschaft, aber schärfsten Steuerdruck für die Werktätigen der Großstadt.

Ueber die Taten der deutschnationalen Reichsminister wird bezeichnenderweise nichts gesagt, daß aber frech und dreist „gegen die Illusionen von Locarno“ zu Felde gezogen. Entgegen allen Nachweisen für die deutschnationale Regierungstätigkeit in der Republik wird weiter erklärt: „Wir lassen nicht von dem Stolz auf die taufendjährige deutsche Geschichte, die Größe des Kaiserreiches, die rühmbedeckten schwarzweißen Farben.“

Man muß schon der Deutschnationalen Partei oder auch der kommunistischen Partei angehören, um eine solche Zusammenhäufung von Lüge und Heuchelei im Wahlkampf als ehrliche Meinung zu vertreten. Wie bei den Reichstagswahlen von 1924, so fühlen sich heute die Deutschnationalen, wo es um die Behauptung ihres politischen Einflusses geht, von jeder Beweismöglichkeit befreit.

Sie beklagen das Volk, um es zu täuschen, und hoffen wiederum, daß sich weite Bevölkerungskreise davon einfangen lassen

und der deutschnationalen Partei die Stimme werden. An alle Werktätigen kann daher nur die eine ganz dringende Mahnung gerichtet werden: Rühre die wenigen Tage bis zur Wahl zur intensiven Aufklärungsarbeit aus, sorg dafür, daß die deutschnationale Demagogie allen Bevölkerungsschichten offenbar wird, damit kein denkender Wähler und keine Wählerin dieser Partei die Stimme geben. Es gibt nur eine Partei, die wirklich für das Wohl des Volkes, für die Interessenderen der Werktätigen eintritt: Das ist die Sozialdemokratie! Darum müssen alle Kräfte mobilgemacht werden, um der Sozialdemokratie am 20. Mai zum Siege zu verhelfen.

Kreis Binneberg.

Garsfeld. Montag, 14. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Heinrich Behrmann, Garsfeld, eine Wahlversammlung mit Flugblattverteilung statt. Außer einem Vortrag des Jugendpflegers Genossen H. Pelt wird der Großfilm „Arbeiterwohlfahrt“, der Film „Kinderrepublik Seehamp“ und der Wahlfilm der Partei „Was wählt Du?“ gezeigt werden. Genossinnen und Genossen! Sorgt für zehnjährigen Besuch dieser Veranstaltung; aus propagandistischen Rücksichten ist der Eintritt gänzlich frei. Nachmittags 4 Uhr findet schon eine Vorführung des Films „Kinderrepublik Seehamp“ für Kinder, ebenfalls bei freiem Eintritt, statt. Schickt Eure Kinder hin. Sie sollen sehen, wie Kinder ihre Ferien an der herrlichen Ostsee verbringen haben.

Wandsbek und Umgegend.

Anspannung aller Kräfte im Wahlkampf

muß in jeder Woche die Parole sein, damit am kommenden Sonntag die Sozialdemokratie siegreich aus der Wahlzelle hervorgeht. Es ist deshalb an dieser Stelle nochmals auf alle Veranstaltungen hingewiesen, die der Werbung für die Sozialdemokratie dienen sollen.

Am Montag, 14. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Meins, Kampstraße, eine Frauenfeierstunde der sozialdemokratischen Frauengruppe von Wandsbek statt, in der Reichstagskandidat Louis Bießer die Feiernrede halten wird. An diesem Abend werden Lieder- und Musikvorträge zur Unterhaltung und zur Umrahmung der Veranstaltung beitragen. Alle Frauen und Mädchen der Partei und auch Gäste sind eingeladen. — Am Dienstag, 15. Mai, am Mittwoch, 16. Mai, veranstalten die S.P.D.-Mitglieder des Wandsbeker Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold große Werbezüge für die Sozialdemokratie. Alle Teilnehmer dieser Um-

züge treffen sich am Dienstag- und Mittwochabend pünktlich um 8 Uhr in der Sternstraße. Am Donnerstag, 17. Mai, morgens, findet dann im ganzen Stadtgebiet Wandsbek wiederum eine allgemeine Flugblattverteilung der Sozialdemokratischen Partei statt. Alle Parteimitglieder werden dringend gebeten, sich zu dieser wichtigen Agitationsarbeit bei ihren Bezirksführern einzufinden. — Am Freitag, 18. Mai, abends 8 Uhr, veranstaltet dann die Sozialdemokratische Partei Wandsbeks im „Wahlhaus, Hofstraße“, Hamburger Straße, die letzte große Wandlungsbewegung.

In der Oberprüfungs-Konferenz, Kiel, über die Bedeutung der Reichstags- und Landtagswahlen sprechen wird. An alle Parteimitglieder ergeht die dringende Aufforderung, für einen Massenbesuch gerade dieser Kundgebung in allen Kreisen der Werktätigen zu werben. Am Sonnabend, 19. Mai, abends 8 Uhr, werden sich ferner die Arbeiter-Adfahrer zu einer Propagandaabfahrt durch Wandsbek. Treffpunkt ist der freie Platz an der Ecke Feld- und Lafferstraße. Jeder Arbeiter-Adfahrer, der ein Fahrrad besitzt, kann an dieser Fahrt teilnehmen und dadurch nochmals die Bevölkerung ermahnen, am Wahltag für die Sozialdemokratische Partei die Stimme abzugeben.

Wenn so alle Veranstaltungen der Partei und der befreundeten Organisationen die Aufmerksamkeit der Wähler finden; wenn ferner jede Gelegenheit benutzt wird, in Freundeskreisen oder in den Betrieben für die Partei zu werben, dann wird am Wahlsonntag der Sieg für die Sozialdemokratie sicher sein.

Zur Stilllegung der privaten Kraftfahrlinien im Kreis Stormarn.

In den letzten Tagen sind in der Presse über die Stilllegungsmassnahmen der Ortspolizeibehörden und des Landrats von Stormarn gegen die von den sogenannten Verkehrsvereinen

betriebenen Kraftfahrlinien entstellende Darstellungen erschienen, die große Erregung in die Bevölkerung getragen haben. Der Landrat des Kreises Stormarn bittet uns deshalb am Anfangs folgender Worte:

Den Vorsitzenden der sogenannten Verkehrsvereine im Kreis Stormarn und den Unternehmern ist durch polizeiliche Verfügungen der zuständigen Ortspolizeibehörden die in der Zeit vom 25. April bis 1. Mai 1928 erlassenen, aufgegeben, die Kraftfahrlinien auf den Strecken von Hamburg nach Rahlstedt, Trittau, Olndorf, Wilsdorf, Segeberg, Jönke auf der Strecke Friedrichsruh-Trittau, am 9. Mai 1928 einzustellen, andernfalls die Einstellung auf Grund der §§ 132 und 133 des Landesverwaltungs-gesetzes im Wege unmittelbarer polizeilicher Zwangsmaßnahmen herbeizuführen. Diese Anordnung beruht auf der Anweisung des Regierungspräsidenten in Schleswig und erfolgte im Einverständnis mit dem preussischen Minister für Landbau und öffentliche Arbeiten. Nach dem Durchgange der unterzeichneten Beschlüsse des Regierungspräsidenten geordnet war. Wenn der Verkehr auf den genannten Kraftfahrlinien am 9. Mai dieses Jahres nicht eingestellt wurde, so trifft die Schuld an dem dadurch erforderlich gewordenen polizeilichen Zwangsmaßnahmen allein diejenigen, die an sie gerichteten Aufforderungen nicht gänzlich befolgen zu brauchen. Die nachgeordneten Polizeibehörden führten pflichtgemäß lediglich die Verfügungen des Regierungspräsidenten durch.

In Veröffentlichungen in der Kreispresse werden die namentlich ergriffenen Polizeimaßnahmen gewollt oder ungewollt falsch und immer wieder in Zusammenhang mit dem vom Kreise Stormarn geplanten Autobetrieb gebracht. Ein derartiger unkonventioneller Kraftfahrverkehr hätte auch dann erfolgen müssen, wenn der Kreis Stormarn sich durch die Einrichtung eigener Linien nicht befähigt hätte. Die ergriffenen polizeilichen Massnahmen haben demnach rechtlich mit der kreishomunalen Aufgabe der Verkehrsverbände nicht das mindeste zu tun.

Die Einrichtung des kreishomunalen Autobetriebes braucht vor allem auf der Überzeugung des ganz überwiegenden Teiles der Kreisbevölkerung, daß nach der Stilllegung der angelegten Kraftfahrlinien, auf die die Unternehmer und Vereine schon seit vor Jahren vorwärts drängen, die Bevölkerung nach besserer Möglichkeit der Beförderung der Bevölkerung zu werden müsse. In dieser Hinsicht wird sich die Kreisverwaltung auch nicht durch Entstellungen (schlimmer Art, die in den letzten Tagen in der Presse erschienen, erte machen lassen.

Die in einer Zeitung ausgeprochenen Vermutungen, daß die polizeilichen Massnahmen eine Unterbindung des Verkehrs nach Hamburg bezweckten, ist völlig hinfällig. Auch die Hamburger Polizeibehörden waren von dem Vorhaben der preussischen Polizeibehörden in Kenntnis gesetzt; ihnen ist auch bekannt, daß die Verkehrsverbindungen auf der Hochbahnlinie dem Kreis Stormarn und seiner Verwaltung nicht vorzuziehen. Ebenso unzutreffend ist es, die Massnahmen als bürokratisch und die Verkehrsnotwendigkeiten vernachlässigend hinzustellen. Die Kreisverwaltung hat hierfür im Gegenteil volles Verständnis, und beweist das durch die Einrichtung ihrer Kraftfahrlinien. Andererseits kann es im Interesse der Staats- und Verkehrsaufsicht nicht geduldet werden, daß Unternehmer und Vereine trotz aller Warnungen und Anordnungen glauben, sich außerhalb der für alle geltenden gesetzlichen Bestimmungen stellen zu dürfen. Derartige Mißständen lenke zu machen, ist, wenn Warnungen und Befehle nicht fruchten, Aufgabe der Polizei.

Die Aufmachungen der Zeitungsanzeigen in den Kreisblättern und die Tatsache, daß der Hauptverdienst gegen die polizeilichen Massnahmen sich in der Gemeinde Rahlstedt geltend macht, die nur in einem kleineren Teil nach Einstellung des Verkehrs des Kreises Stormarn in den Kreis Stormarn gehandelt, ist ebenfalls nicht zu verkennen. Die Kreisverwaltung hat sich nicht allein rein sachliche Erwägungen am Werke sind, Verantwortung in die Bevölkerung zu tragen. Demgegenüber bitte ich alle Kreisbewohner, denen die Staats- und Verkehrsaufsicht als wertvolle Opfer jedes geordneten Zusammenlebens gelten, derartige Verleumdungen mit Ruhe und Sachlichkeit zurückzuweisen. — Die Frage, ob die von den Behörden getroffenen Massnahmen zu Recht bestehen, wird nicht in erregten Protestversammlungen, sondern vor den zuständigen Gerichten entschieden.

Bremen.

Neue Wendung im Solomat-Prozess?

In dem Bremer Prozess gegen die Schuhmachergewerkschaft Solomat, die in erster Instanz wegen Stuppel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde und der am 5. Juni in zweiter Instanz vor dem Landgericht Bremen erneut zur Verhandlung kommen sollte, hat eine Hauptabteilungszeugin, Frau Slesner, die nach Holland auswandern will, jetzt, wie eine Berliner Korrespondenz weiter erklärt, wieder erwidert, sie könne die Aussagen, die sie in der ersten Instanz gegen Frau Solomat gemacht hat, nicht mehr aufrechterhalten. Das Gericht wird, wie die Korrespondenz erzählt, auch nach dieser Richtung hin noch einmal die Voruntersuchung aufnehmen.

Schleswig-Holstein.

Kreisfreie Vorschläge zur Sicherung Helgolands:

ein 3/4 Millionen-Projekt.

Der Gemeinde Helgoland ist ein Entwurf des preussischen Staates, betreffend den Schutz der Insel, zugegangen, der für die Sicherung des Unterlandes die Schaffung eines Schutzwerkes mit Wälle und ebenfall für den Schutz der Düne umfangreiche Baumaßnahmen vorsieht. Die Kosten für die Durchführung dieses Projektes würden etwa 3/4 Millionen betragen. Die Gemeinde soll zu den Baukosten einen Zuschuß von 200 000 M. in Jährestaten ab 1. April 1930 zahlen. Die Unterhaltung des Schutzwerkes — das gegebenenfalls noch in diesem Jahre fertiggestellt werden könnte! — würde der Staat tragen, wozu die Gemeinde von dem auf die Fertigstellung folgenden Jahre ab einen jährlichen Zuschuß von 6000 M. zu geben hätte. Ab 1950 wären dazu von der Gemeinde für den Fall einer später notwendig werdenden Erneuerung jährlich 3500 M. in einem Schutzfonds zu zahlen. Der preussische Staat würde im Fall der Ausführung eine jährliche Belastung von rund 500 000 M. übernehmen müssen.

Aufgaben der Kunst.

Eine Ansprache von Max Liebermann.

Anlässlich der Eröffnung der Frühjahrsausstellung der preussischen Akademie der Kunst am Sonnabend, 12. Mai, hielt der Präsident der Akademie, Professor Max Liebermann, eine Ansprache, die wir nach dem Bericht des Amtlichen Preussischen Pressendienstes nachstehend wiedergeben.

Nach stehen wir ganz unter dem Eindruck der Dürer-Ausstellung; war es auch ein Zusammenreffen glücklicher Umstände, die die in den Annalen der Akademie einzig dastehende Schau in diesen Räumen ermöglichte, so besteht doch auch ein innerer Zusammenhang, eine organische Verbindung der Akademie mit Dürer, der unser größter deutscher Meister war und bis heute geblieben ist; nicht nur, indem er an die überkommenen traditionellen Vorschriften anknüpfte, sich in ihnen entwickelte und sie fortführte, sondern er war bewußt Lehrer und Erzieher.

Es ist nicht oder sollte es nicht das Programm jeder Akademie sein, das Programm auch unserer Akademie, die zwar keine Lehranstalt ist, der aber die Heranbildung des künstlerischen Nachwuchses ganz besonders am Herzen liegen muß?

Und wir auch über das Ziel einig, so bestehen über den Weg, der zu ihm führt, die allergrößten Meinungsverschiedenheiten; unsere Gegner — und es mögen darunter auch verständliche sein — finden der Ansicht, daß die Akademien, indem sie die aufstrebenden Talente in die Schranken der Tradition zwingen, nicht zur freien Entfaltung kommen lassen. Was sein, das starke Talent wird sich nicht nur überwinden, sondern gekämpft durch sie werden. Die Akademie muß überwinden werden, aber sie kann nicht überprungen werden.

Ich weiß wohl, daß alles Studium, alle Bildung nicht das mangelnde künstlerische Gefühl zu ersetzen vermag. Andererseits wird aber erst durch die Form das Gefühl zur Kunst. Erst wer sein Gefühl, wie Goethe es sagte, realisieren kann, ist Künstler. Die Form ist das Neue in der Kunst, und das Schöne nach ihr fällt das ganze Leben des Künstlers aus. Wer aber nach etwas anderem streben in der Kunst sucht, ist entweder ein Scholastiker oder ein Narr. Und ich kenne kein demüthigeres Zeugnis von Armut für einen Maler, als wenn er mir sagt, er wisse nicht, was er malen soll. Die Kunst steht in der Natur, wie Dürer sagt, das heißt, in uns selbst; und wer sie nicht in sich findet, wird sie auch bei den Erdbeinularen nicht finden.

Der wahre Künstler erfindet nichts Neues, sondern er findet das Neue. Was nur er schaut und durchschaut hat. Das Genie als solches handelt unbewußt; es findet, ohne zu suchen.

Nur heute im Gewerkschaftshaus

Paul Wegener in der Hauptrolle in dem originalen Film „Kämpfer der Termehnen“. Ein Werk von hervorragenden Aufnahmen und seltener Handlung. Eintrittskarten 10 z schon ab 3 Uhr zu haben. Beginn schon die ersten Vorstellungen!

um 3 1/2, 6 und 8 1/2 Uhr pünktlich.

Aber dem unbewußt Gefundenen Gestalt zu geben, also am Kunst zu schaffen, dazu gehört außer dem Talent größte Hingebung und die erhabener Fleiß. Und auch hierin ist Dürer uns leuchtendes Vorbild, wie er es über sich selbst geschrieben hat. Dürer, der visionäre Künstler, ist der gewöhnlichste Handwerker zugleich, der schlichteste und daher lächligste Arbeiter.

Vom Handwerk zur Kunst und nicht umgekehrt, wie es heute von manchem ästhetischen Quacksalber gepredigt wird. Im Briefwechsel mit Goethe sagt Schiller: Die Deutschen sollten die nächsten Jahre das Wort Schönheit nicht in den Mund nehmen. Heute wäre es an der Zeit, wenn man das Wort Kunst rühre ließe und, wie die Griechen taten, mit dem Anfang anginge, in der Hoffnung, daß aus dem Handwerk ein Pöblich für das neue Genie erbe.

Der Künstler, aus dem die Kunst als ihre schönste Blüten hervorbringt, soll, ist nicht genug gebildet. Mir scheint die vornehmste Aufgabe des Akademikers darin zu liegen, das Feld zu vorbereiten, damit das Genie, das Unbegreifliche, sich zu voller Blüte auf ihm entfalten kann.

Aber die Akademie kann dieser Aufgabe nur gerecht werden mit Hilfe der an derer natürlichen Kulturfaktoren, der Schulen, der Museen, vor allem aber, wenn sie das Vertrauen der Staatsregierung genießt. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß der Herr Minister seinem Interesse für unsere diesjährige Ausstellung dadurch Ausdruck gegeben hat, daß er zwei staatliche Preise in Höhe von je 2000 M. für die besten in ihr enthaltenen Leistungen auf dem Gebiete der Malerei und der Plastik gestiftet hat. Ich spreche ihm hierfür den herzlichsten Dank der Akademie aus. Dem Beispiel des Herrn Ministers sind in hochachtungsvoller Weise private Kunstfreunde gefolgt: Herr Generalmajor Franz v. Arnim, Herr Generalmajor Dr. Quisberg, Herr Dr. v. Salm, Herr Kommerzienrat Wogenheim für die Firma Reichel, Generaldirektor W. Acher für die Firma Engelhardt haben größere Preise zur Verfügung gestellt, die Firma Peek & Cloppenburg einen kleineren Prämienbetrag. Auch diesen Herren sage ich den herzlichsten Dank der Akademie der Kunst.

Dieselben Grundzüge, die uns bei den früheren Ausstellungen geleitet haben, waren auch bei der Zusammenfassung der letzten für uns maßgebend: nur die Qualität des Werkes sollte entscheidend sein, welcher Richtung auch der Künstler zu folgen für richtig gehalten hat. So weitgehend als möglich gegen die aufstrebende Jugend, aber unerschütterlich gegen falsche Routine und oberflächliche Geschicklichkeit. Ich habe, konstatieren zu dürfen, daß das Niveau unserer Ausstellung sich verbessert hat, was beweisen würde, daß unsere Grundzüge die richtigen sind. Die Akademie kann und will nicht dekretieren, wie gemalt werden soll. Sie will dahin wirken, daß auch in den Schulen die eine Schule hervorragt, in der trotz der Verschiedenheit der Ausdrucksformen eine Feinheit sich herstellt, denn nur aus ihr kann das kommende Genie sich zur Vollkommenheit entwickeln.

Nur 25 Pfg. kostet es Sie, alle diese feinen kunstseidenen Sachen wie neu zu waschen:

- | | |
|----------------------|-----------------|
| 1 Prinzessunterkleid | 1 Kinderkleid |
| 1 Schlüpfer | 1 Pyjama |
| 4 Paar Strümpfe | 6 Taschentücher |
| 1 Jumper | 1 Schal |

Die Lux Seifenflocken sind so ausgiebig, daß man kaum ein halbes Paket braucht, um diese vielen Gegenstände wieder wie neu zu waschen. Die Lebensdauer der Kunstseide hängt von der Behandlung ab. Zu vermeiden sind vor allem scharfe Waschmittel, die die zarten Gewebe und Farben beschädigen, sowie alles Reiben.

Die Lux Seifenflocken sind das absolut zuverlässige und schonende Waschmittel für Kunstseide.

Ihr wunderbarer Schaum reinigt alles was die Berührung mit bloßem Wasser verträgt.

Ein Esslöffel LUX-
Seifenflocken
gibt eine Schüssel
voll Schaum

Führende Fabrikanten von Kunstseide, wie Bemberg und Glanzstoff, empfehlen die milden Lux Seifenflocken zur Reinigung und Pflege aller empfindlichen Gewebe. Befolgen Sie deren Rat, gefährden Sie nicht Ihre kostbare Wäsche durch scharfe Waschmittel.



Beachten Sie
folgende Anweisung für Kunstseide:

Bereiten Sie Ihre lauwarne Schaumlösung wie auf Paket ersichtlich. Drücken Sie darin die Wäschestücke schnell durch, ohne zu reiben. Spülen Sie sehr gründlich lauwarm. Drücken Sie dann die Stücke recht gut aus, ohne zu wringen, und legen Sie sie zum Trocknen formgerecht flach hin; vermeiden Sie Sonne und Ofenwärme. Bügeln Sie, wenn erwünscht, mit leichtem Druck und mäßig warmem Eisen.

Lux Seifenflocken
werden nie lose
verkauft.

LUX

SEIFENFLOCKEN

Nur in
Originalpaketen
zu 50 und 90 Pfg.

